

» Kommunale Jugendpolitik – eigenständig? «



# OFFENE JUGEND ARBEIT



Praxis  
Konzepte  
Jugendpolitik



Bundesarbeitsgemeinschaft  
Offene Kinder- und  
Jugendeinrichtungen e.V.

[www.offene-jugendarbeit.net](http://www.offene-jugendarbeit.net)

# INHALT

- 3 ZUR EINFÜHRUNG**
- 6 STEPHAN GROHS**  
**Eigenständige Jugendpolitik vor Ort – Herausforderungen der kommunalen Verankerung Eigenständiger Jugendpolitik**
- 17 ANNE BRÜLLS, VERENA BÜCKER, ALMUT HAUSHALTER-WITTENBRINK, ANNE SCHÜRING, JONAS THEßELING**  
**Kommunale jugendpolitische Gesamtstrategien und Beteiligungsformate fördern.** Das Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ in NRW
- 22 REGINA KNIPS**  
**Planung und Umsetzungsprozess des Kinder- und Jugendförderplans (KJFP) 2021 – 2025 der Stadt Düsseldorf**
- 28 TOBIAS DRUMM**  
**Kommunale Jugendbeteiligung**  
Erfahrungen des Verbands saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung (juz-united)
- 40 SWANTJE SCHINDEHÜTTE**  
**2. Fürther Klimagipfel**  
Jugendbeteiligung im Rahmen der Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Fürth
- 47 FRANK BRÜTTING, ANNA ECKART, SUSANNE FELDMANN, FABIENNE KÜNDGEN, MAIKE SCHMIDT, SOPHIA VOGEL**  
**jung- frau, mann, divers? Geschlechtertalk der Jugend.**  
Wie ein Austausch zwischen Jugend und Politik gelingen kann
- 52 Neuer Geschäftsführer der AGJF e.V.**





## Zur Einführung

Seit gut zehn Jahren geistert der Begriff „Eigenständige Jugendpolitik“ durch die politische Diskussion in der Bundesrepublik. Unterschiedliche Akteure in der Jugend- oder Jugendhilfepolitik, beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) und das Bundesjugendkuratorium, hatten schon seit etwa 2007 immer wieder mit Stellungnahmen und Konferenzen auf eine Neuausrichtung der Jugendpolitik gedrängt. 2009 fand der Begriff dann tatsächlich Eingang in den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP.

Ein Jahr später wurde die „Europäische Jugendstrategie“ gestartet. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union verpflichteten sich dabei zu Anstrengungen, die Lebenssituation junger Menschen nachhaltig zu verbessern. U. a. sollten mehr Chancengleichheit gewährleistet und die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen deutlich verbessert werden.

Zwischen 2011 und 2014 wurde dann bei der AGJ das „Zentrum für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und den Aufbau einer Allianz für Jugend“ eingerichtet. Aufgabe des Zentrums war es, die Diskussionen, wie sie u. a. auf dem 15. Kinder- und Jugendhilfetag, in Fachforen und anderen Formaten geführt wurden, zu bündeln. Bereits damals wurden auch Modellprojekte angestoßen und begleitet. Die dabei gesammelten Erfahrungen flos-

sen am Ende ein in die „Jugendstrategie 2015–2018“ der Bundesregierung.

Auch in mehreren Bundesländern entstanden parallel dazu eigene Diskussionen zur Entwicklung landesspezifischer Strategien, beispielsweise in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen und in Sachsen. Weitere Modellprojekte wurden gestartet, Koordinationsstellen eingerichtet, ein „Kompetenzzentrum Jugend-Check“. Auf Bundesebene wurde dann 2019 die „Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik“ gegründet, wiederum angesiedelt bei der AGJ ([www.jugendgerecht.de](http://www.jugendgerecht.de)). Ende 2019 verabschiedete dann das Bundeskabinett die „Jugendstrategie der Bundesregierung“, die **Bundeskanzlerin Merkel** und die damals zuständige **Ministerin, Franziska Giffey**, im Dezember öffentlichkeitswirksam mit über hundert Jugendlichen diskutierten.

Drei Aspekte dieser Debatten mögen für unseren Zusammenhang besonders wichtig sein, wobei die damit verbundenen Einsichten nicht gerade neu sind. Man könnte auch sagen, dass sie einen bereits nahezu hundert Jahre alten Bart haben. Wer daran zweifelt, dem sei die Lektüre eines Aufsatzes von **Richard Münchmeier** empfohlen: „Wie sich die Bilder gleichen. Der historische Fundus der neuen Jugenddebatte“ (deutsche jugend, 30. Jg., 1980, S. 445–456). Dies hier zu vertiefen

wäre reizvoll, ist aber leider unmöglich. Jedenfalls ist nun in aller Munde, dass Jugendpolitik auf die umfassende Verbesserung der Lebenslage junger Menschen zielen und sich daher als Querschnittspolitik entwickeln muss. Zum anderen realisiert sich eine solche Jugendpolitik v.a. im kommunalen Raum. Beides – so die Erfahrungen (nicht nur) der letzten Jahre – bedeutet das Bohren nicht nur von dicken Brettern, sondern von Balken. Die AGJ u.a. kritisieren schon seit Jahren, dass die Diskussion um eine Eigenständige Jugendpolitik im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bzw. in diesem Politikfeld zwar floriert, es aber häufig mühsam bleibt, die Akteure und Akteurinnen aus anderen Politikfelder für eine engagierte Beteiligung zu gewinnen. Vergleichbares zeigt sich – nicht überall, aber oft – im kommunalen Raum, sodass entgegen des Anspruchs einer ressortübergreifenden Jugendpolitik die Diskussionen tendenziell im Binnenfeld der Kinder- und Jugendhilfe befangen bleiben. Ein dritter Aspekt ist, dass auf allen Ebenen zwar betont wird, dass eine Eigenständige Jugendpolitik zwingend auf umfassende Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen angewiesen ist, es aber oft schwierig bleibt, diesem Anspruch oder dieser Einsicht Geltung zu verschaffen.

Die folgenden Beiträge beschäftigen sich mit dem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven in Theorie und Praxis.

**Stephan Grohs**, Professor für Politikwissenschaften an der Deutschen Uni-

versität für Verwaltungswissenschaften Speyer, klärt zunächst den Begriff „Eigenständige Jugendpolitik“ und die Rolle der kommunalen Ebene für deren Umsetzung. Auf dem Hintergrund der in zwei Projekten gesammelten Erfahrungen, sieht er eine deutliche Diskrepanz zwischen „wohlmeinenden“ Programmen auf Bundes- und Landesebene und den Realisierungsmöglichkeiten der dort formulierten Ziele im Gestrüpp der „rechtlichen, finanziellen und politischen Rahmenbedingungen“ auf der örtlichen Ebene. Er verweist aber auch auf Ansatzpunkte dafür, wie es gelingen könnte, die Interessen von Jugendlichen in der Kommunalpolitik stärker zur Geltung zu bringen. Dazu müssten sich allerdings sowohl die Akteurinnen und Akteure in den Kommunalverwaltungen bzw. der politischen Gremien bewegen, als auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kinder- und Jugendhilfe.

**Anne Brülls, Verena Bücker, Almut Haushalter-Wittenbrink, Anne Schüring** und **Jonas Theßeling**, Fachberaterinnen und Fachberater bei den Landesjugendämtern in Nordrhein-Westfalen, berichten über das landesweite Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“. Sie moderieren den Vernetzungsprozess von mehr als vierzig Kommunen zur Intensivierung der Realisierung dieses Konzepts.

**Regina Knips** beschreibt die Entwicklung des aktuellen Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Düsseldorf unter besonderer Berücksichtigung der Partizipation von Jugendlichen, und die Umsetzung dieses Förderplans im vergangenen

Jahr unter dem Einfluss der Einschränkungen, bedingt durch die Pandemie. Für die Sicherung der Umsetzung des Plans ist ein Berichtssystem in verschiedenen Gremien vorgesehen.

**Tobias Drumm** vom Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung (juz-united) reflektiert zunächst die unterschiedlichen Beteiligungsformen im Saarland und die Rolle der dort weitverbreiteten selbstverwalteten Jugendzentren in solchen Prozessen. An einigen Beispielen erörtert er Bedingungen für gelingende, aber auch misslingende Beteiligungsprozesse. Immer wieder zeige sich nämlich, dass das Engagement von Jugendlichen zwar gewünscht werde, Beteiligungsprozesse jedoch rasch im Sand verlaufen können, wenn die Interessen der Jugendlichen mit jenen der Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht mehr übereinstimmen.

**Swantje Schindehütte**, Prozessmoderatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung in Fürth, berichtet über ein konkretes Projekt, die Jugendbeteiligung im Rahmen der Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Fürth. Die

Teilnehmer:innen des 2. Fürther Klimagipfels beschäftigten sich drei Tage lang mit den Themen Stadtgrün, Verkehr/Mobilität und Abfall/Energie. Vereinbart wurde, dass die jeweils zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung den Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten berichten müssen, was aus ihren Vorschlägen geworden ist.

Auch **Frank Brütting**, **Anna Eckart**, **Susanne Feldmann**, **Fabienne Kündgen**, **Maike Schmidt** und **Sophia Vogel** beschreiben ein Projekt, den Augsburger „Geschlechtertalk“. Unter dem Dach des Stadtjugendrings beteiligten sich verschiedene Jugendverbände und ein Jugendhaus an der Organisation und Durchführung eines Beteiligungsprojekts zur Realisierung einer „(geschlechter-) gerechteren Stadtgesellschaft“. Die beteiligten Organisationen schildern aus ihrer je eigenen Perspektive ihre Schwerpunkte und ihre Motivation zur Beteiligung an dieser Aktion (zunächst) im Rahmen der Kommunalwahlen 2020.

Abschließend stellt sich **Torsten Hofmann** vor, der neue Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e. V. (AGJF).

# Eigenständige Jugendpolitik vor Ort – Herausforderungen der kommunalen Verankerung Eigenständiger Jugendpolitik

## Einleitung

Die Eigenständige Jugendpolitik ist mittlerweile in die Jahre gekommen. Das Ziel einer alle Aspekte der Lebensphase Jugend aufgreifenden Politik zur Gestaltung jugendlicher Lebenslagen unter und mit Beteiligung der Jugendlichen stockt dennoch vielerorts. Trotz einiger sichtbarer Projekte zeigen sich Probleme – gerade dort, wo Jugendpolitik vornehmlich stattfinden sollte: vor Ort in den Kommunen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Einerseits erschweren die kommunalen Rahmenbedingungen die Etablierung fester Beteiligungsstrukturen und politikfeldübergreifenden Handelns. Für anspruchsvolle Projekte fehlen häufig die Mittel und den Akteuren vor Ort fehlt zudem oftmals ein Verständnis für den Ansatz. Um Jugendpolitik als Querschnittspolitik zu verankern, fehlen den traditionellen jugendpolitischen Akteuren zudem häufig Netzwerke, Einfluss und Handlungsressourcen über ihren genuinen Wirkungskreis hinaus. Auf der anderen Seite fehlen auch Jugendlichen die Motivation und Anreize, sich jugendpolitisch einzubringen. Schlechtgemachte und folgenlose Partizipationsprojekte können die vorhandene Motivation zudem schnell untergraben. Die vollmundigen Vorhaben der Bundesebene drohen so in der Fläche zu verpuffen, da den wohlgemeinten Konzepten Vorstellungen über die praktische Umsetzung vor Ort fehlen.

In diesem Beitrag skizziere ich im Folgenden einige dieser Herausforderungen. Empirisch greife ich dabei auf die Erfahrungen aus zwei Praxisentwicklungsprojekten zur kommunalen Verankerung Eigenständiger Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz und Thüringen zurück, in denen in den vergangenen Jahren versucht wurde, jugendpolitische Akteure fit fürs kommunalpolitische Geschäft zu machen und kommunale Handlungsbarrieren verstehen und überwinden zu lernen. Im Weiteren wird zunächst die Programmatik Eigenständiger Jugendpolitik eingeführt und die besondere Rolle der lokalen Ebene herausgestrichen. Danach werden die spezifischen Rahmenbedingungen kommunalen Handelns in der Jugendpolitik skizziert. In den vier Handlungsfeldern kommunale Entscheidungsprozesse, Finanzierung, ressortübergreifende Zusammenarbeit und Beteiligung werde ich unter Rückgriff auf typische Beispiele aus den begleiteten Kommunen Umsetzungswege und -probleme diskutieren. Abschließend werde ich einige pragmatische Wege zu einer stärkeren Verankerung kommunaler Jugendpolitik skizzieren.

## Die Neue Eigenständige Jugendpolitik und die Rolle der lokalen Ebene

In Abgrenzung zur „alten“ Jugendpolitik soll Eigenständige Jugendpolitik die Phase Jugend nicht mehr defizitorientiert im Sinne

der Adressierung spezifischer Problemgruppen wahrnehmen, wie dies in der klassischen Kinder- und Jugendhilfe teilweise der Fall ist. Stattdessen soll sie Jugendliche aktivieren und deren Belange ressortübergreifend und integrierend bündeln. Ziel ist die Etablierung von Teilhabe- und Beteiligungsrechten Jugendlicher in allen Politikbereichen. Die Lebensphase Jugend soll in der Öffentlichkeit stärker präsent werden und in wesentlichen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung finden (BMFSFJ 2016). So verstandene Jugendpolitik ist keinem klassischen Politikfeld mehr eindeutig zuzuordnen. Neben den mit der Lebensphase Jugend unmittelbar befassten Politikfeldern der Bildungspolitik und der Kinder- und Jugendhilfe kommen eine Reihe anderer Politikfelder wie Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Kultur- oder Stadtentwicklungspolitik hinzu, die immer auch Schnittstellen zur Jugendarbeit und -politik aufweisen. Die Gesetzgebungskompetenz liegt in diesen Feldern zwar weitestgehend bei Bund und Ländern, weshalb diese in diesem frühen Stadium der Eigenständigen Jugendpolitik wichtige Akteure bei deren (erster) Entfaltung sind. Der wesentliche Ort der Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen genauso wie der Bündelung unterschiedlicher Aufgabenfelder ist aber die Kommune und die lokalen Sozialräume.

Eigenständige Jugendpolitik kann so einerseits als ausgeprägte Mehrebenenpolitik verstanden werden. Von europäischer Ebene kamen entscheidende Impulse durch die EU-Jugendstrategie (2010 – 2018), die allerdings nicht als deckungsgleich verstanden werden darf (Siebel und Wicke 2012). Von Seiten des Bundes hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Jahr 2011 ein Programm zur Entwicklung einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ aufgesetzt, welches das Ziel verfolgt, „die Phase der Jugend in ihrer ganzen Vielfalt

individueller Lebenswelten, Bedürfnisse und Fähigkeiten in den Mittelpunkt“ (BMFSFJ 2011, S. 2) zu stellen. Die Erarbeitung einer neuen, als „eigenständig“ bezeichneten Jugendpolitik hatte bereits 2009 Eingang in den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP gefunden. Ein erster Schritt hin zur tatsächlichen Ausarbeitung einer Eigenständigen Jugendpolitik auf Grundlage des Eckpunktepapiers war die Gründung eines „Zentrums Eigenständige Jugendpolitik“. Im Weiteren wurden Leuchtturmprojekte wie der Jugendcheck zur jugendspezifischen Gesetzesfolgenabschätzung von Bundesgesetzen eingerichtet.

Einer einfachen Top-Down-Implementierung bis auf die kommunale Ebene hinab stehen unterschiedliche Interessen und Priorisierungen im Mehrebenensystem entgegen. Zwar können sich alle betroffenen Ebenen (EU, Bund, Länder und Kommunen) darauf einigen, dass Eigenständige Jugendpolitik ein wichtiges Anliegen ist. Die konkrete Umsetzung trifft im Mehrebenensystem jedoch schnell auf Kompetenzgrenzen, Finanzierungsschwierigkeiten und unterschiedliche Interessen. EU und Bund sind sich einig über die Bedeutung des Themas, haben jenseits kommunikativer Instrumente jedoch nur beschränkte Umsetzungsmöglichkeiten. Insbesondere finanziell kann der Bund auf kommunaler und Landesebene nur über zeitlich begrenzte Modellprojekte aktiv werden (vgl. BOGUMIL ET AL. 2008). Eigene Programme kommen kaum bei den Adressaten an, da Jugendpolitik primär kommunal stattfindet (vgl. LINDNER 2017). Den Kommunen ihrerseits fehlen der finanzielle Handlungsspielraum und teils auch die personellen Ressourcen zur Entwicklung von Programmen Eigenständiger Jugendpolitik, so dass angesichts der Priorisierung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung und der Erfüllung von Rechtsansprüchen nach

SGB VIII nur in den seltensten Fällen Spielräume für eine eigenständige Programmentwicklung bleiben (vgl. GROHS und REITER 2017). Angesichts der zeitlichen Befristung und häufigen Ko-Finanzierungsanforderungen stehen die Kommunen dem Engagement des Bundes daher eher skeptisch gegenüber (vgl. BOGUMIL ET AL. 2008). Die Länder schließlich stellen in diesem Zusammenhang ein wichtiges Scharnier dar, da über die Landesjugendämter und die Landesjugendhilfeausschüsse wichtige Beratungs- und Koordinationsfunktionen sowie Fördermöglichkeiten wie die beiden dem Artikel zu Grunde liegenden Förderprogramme bestehen. Allerdings bleiben auch die Länder mangels Fachaufsicht und dem Vorbehalt kommunaler Selbstverwaltung „schwache“ Spieler (vgl. BEINBORN ET AL. 2018). Im Folgenden werden anhand kommunaler Umsetzungsprojekte die Schwierigkeiten einer Eigenständigen Jugendpolitik aus einem Guss und die teils sogar hinderliche Rolle von Bund und Ländern im Mehrebenensystem beleuchtet.

## **Herausforderungen einer kommunalen Verankerung Eigenständiger Jugendpolitik**

Kommunen als Schulen der Demokratie und Lebenswelt der Jugendlichen sollten die zentralen Ankerpunkte Eigenständiger Jugendpolitik sein: Nur hier sind für Jugendliche eine dauerhafte direkte Beteiligung und Selbstwirksamkeitserfahrungen möglich. Geht man von dieser Prämisse aus, stellt sich die Frage, warum eine Verankerung so schwerfällt. Hierzu betrachte ich zunächst die Situation vor Ort. Angesichts der äußerst heterogenen kommunalen Landschaft in Deutschland (vgl. HENNEKE und RITGEN 2021) können die Problemlagen hier meist nur mit anekdotischer Evidenz aus den in

beiden Projekten beteiligten Kommunen belegt werden.

### **Kommunale Entscheidungsprozesse**

Der Stellenwert der Jugendarbeit und Jugendpolitik ist in der Kommunalpolitik und auch der kommunalen Öffentlichkeit häufig umstritten. Eigentlich ein Bereich, „gegen den man nichts haben kann“, wird Jugendarbeit und -politik häufig einseitig als erweitertes Freizeitangebot gesehen, dessen Nutzen jedoch unklar oder gar umstritten ist (vgl. LINDNER und PLETZER 2017; MAIRHOFER ET AL. 2022). Insofern wird ihr kommunalpolitischer Stellenwert häufig eher als „nettes Beiwerk“ gesehen, das in Zeiten knapper Kassen eher zur Disposition gestellt werden kann als andere Bereiche mit stärkerer öffentlicher Aufmerksamkeit. Jugendpolitik und Jugendarbeit werden demgegenüber häufig erst dann thematisiert, wenn es Konflikte um die konkurrierende Nutzung von Raum oder konkrete Anlässe wie Lärm, Jugendkriminalität und Drogenproblematik gibt. Insofern haftet dem Feld häufig ein negatives Image an, gegen das Eigenständige Jugendpolitik sich behaupten muss. Diese verzerrte Wahrnehmung ist im Übrigen nicht nur auf Politik und Öffentlichkeit beschränkt: Auch die Jugendlichen selbst sind teils skeptisch und Umfragen unter Jugendlichen wie die Shell-Studie zeigen, dass Angebote von offener Jugendarbeit und jugendpolitische Veranstaltungen gegenüber anderen Freizeitangeboten einen nachrangigen Stellenwert haben (vgl. ALBERT ET AL. 2019).

Die aus dieser Legitimitätskrise der Jugendpolitik resultierende Vernachlässigung der Jugendpolitik zeigt sich besonders in Rheinland-Pfalz und Thüringen, die im Bundesvergleich im hinteren Viertel hinsichtlich der Ausgaben für Jugendarbeit pro Jugendlichen rangieren (vgl. Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg

2019). Die häufig dafür angeführten Haushaltsprobleme können diesen Sachverhalt nur bedingt erklären (vgl. GROHS und REITER 2017).

Kommunale Jugendpolitik spielt sich in zwei Arenen ab, die nur lose gekoppelt sind: der an fachlichen Kriterien strukturierten Arena der Fachpolitiker und Fachverwalter mit den Jugendhilfeausschüssen als institutioneller Verankerung einerseits, und der gesamtkommunalen Arena um die „zentralen Steuerungspolitikern“ an der Spitze der städtischen Exekutive, der Kämmerei und der Finanz- und Haushaltsausschüsse andererseits. Welche der Spieler sich letztendlich in den kommunal- und speziell haushaltspolitischen Auseinandersetzungen durchsetzt, ist nicht nur durch die Haushaltslage bedingt (vgl. GROHS/REITER 2017). Es zeigten sich hier deutlich unterschiedliche Konstellationen, die nur zum Teil durch objektiven Problemdruck, zu viel größerem Teil durch institutionelle Entscheidungsmuster, Akteurkonstellationen und politische Priorisierung erklärt werden konnten. In der konkreten Projektarbeit stellte sich daher besonders die Frage, wie die Steuerungspolitikern in Kommunalpolitik und -verwaltung vom Stellenwert der Jugendpolitik überzeugt werden können und welche Netzwerkakteure sich für dieses Anliegen mobilisieren lassen.

Hierzu macht es Sinn, an den Interessenlagen der kommunalpolitischen Akteure anzusetzen. Diesen, den Fachkräften häufig als zynisch erscheinenden Schritt zu gehen, fiel in den Modellvorhaben schwer. Vielmehr gingen diese davon aus, dass die Bedeutung von Jugendpolitik selbstevident sei oder viele von Kommunalpolitikern\*innen gern gehörte Argumente (z. B. „Prävention“ oder „Investition“) eigentlich dem professionellen Selbstverständnis (vgl. LINDNER 2013) widersprächen. In der Realität kommunaler

ler Räte sind allerdings Jugendliche und deren Interessen nicht oder nur marginal vertreten. Auch als Wählergruppe fallen die Jugendlichen großenteils weg, auch wenn einige Länder mittlerweile das Wahlalter von 16 bei Kommunalwahlen eingeführt haben. Selbst in den Jugendhilfeausschüssen dominieren neben den Ratspolitikern\*innen die Interessenverbände der freien Wohlfahrtspflege (vgl. HOLTKAMP und GROHS 2012). Die Jugendringe und -verbände sind demgegenüber strukturell in einer Minderheit, so dass insbesondere bei Budgetentscheidungen Verbündete gesucht werden müssen. Angesichts der Verteilungskonflikte sind „funktionale“ Argumente wie die Bindung von Jugendlichen, die Verhinderung von Folgekosten oder die Behebung von Nachwuchsmangel für die Ratsfraktionen Wege, um zumindest Teile der kommunalen Politik für die Anliegen der Jugendpolitik zu gewinnen. Die Probleme einer Verteidigung von Jugendarbeit und Jugendpolitik zeigen sich u. a. in den Schwierigkeiten, konkrete Wirkungen nachzuweisen und so Kommunalpolitikern\*innen einen konkreten Nutzen zu vermitteln (vgl. LINDNER 2009). Daher sind Dokumentation und Evaluation wichtig, auch wenn sie von vielen als Ablenkung von der eigentlichen personenbezogenen Arbeit betrachtet werden.

Die Modellprojekte in Thüringen und Rheinland-Pfalz zeigen, dass es möglich ist, die Politik von der Bedeutung der Belange Jugendlicher zu überzeugen und dafür zu sorgen, dass die Politik die Jugendlichen (wieder) ernst nimmt. Als Herausforderung zeigte sich hier die Politik zu verbindlichen Zusagen zu zwingen. Hier erwiesen sich Testimonials und Ähnliches auf Veranstaltungen als wichtiges Instrument, um die Kommunalpolitik quasi zu „verhaften“. Kommunalpolitikern schätzen Profilierungsmöglichkeiten, die sich bei solchen Gelegen-

heiten ergeben. Sichtbare Dokumentationen sind wichtige Instrumente, um solche Profilierungsmöglichkeiten zu schaffen, gleichzeitig aber auch Politiker an ihre Aussagen zu binden.

### **Finanzierung und Rechtsstellung**

Vielfach wird für Kommunen von einer Entwicklung gesprochen, die die finanziellen Handlungsspielräume soweit eingeengt hat, dass abgesehen von der Erfüllung der Pflichtaufgaben (insb. nach SGB II, VIII und XII) kein Spielraum mehr für eine eigenständige gestaltende Sozial- und Jugendpolitik, aber auch Investitionen in Infrastruktur bleibt. Kommunen in ungünstigem wirtschaftlichem Umfeld sehen sich kumulierenden Problemlagen gegenüber: Hohe Arbeitslosigkeit führt zu zusätzlichen Belastungen, während stagnierende Wirtschaftsentwicklung zu einem Einbruch der Gemeindefinanzen, insbesondere der Gewerbesteuererinnahmen führen. Die desolate Haushaltslage und steigende Ausgaben im Bereich der Pflichtleistungen führen in vielen Kommunen zu einer deutlichen Einschränkung der freiwilligen oder quasi-freiwilligen (s. u.) Leistungen, sei es im Bereich der Altenhilfe, der Integrationsarbeit oder eben der offenen Jugendarbeit (vgl. HOLTkamp 2010). Städte und Kreise werden aus dieser Perspektive, die man zugespitzt als „Opferthese“ bezeichnen kann, zu reinen „Verwaltern des Elends“. Zwar hat sich die Haushaltsituation in den meisten Kommunen in den vergangenen Jahren etwas entspannt. Die Folgen der Corona-Pandemie für die kommunalen Haushalte sind jedoch noch nicht überschaubar (vgl. BOETTCHER ET AL. 2021), so dass eine Verschärfung der Situation möglich ist und Aufgaben ohne subjektiven Rechtsanspruch wieder zur Disposition gestellt werden könnten.

Trotz ihres Anspruchs, eine Querschnittspolitik zu sein, ist Jugendpolitik in aller Re-

gel weiterhin institutionell und budgetär mit Jugendhilfe und speziell der Jugendarbeit nach §11 SGB VIII verknüpft. Die bereits angesprochene prekäre Stellung der Jugendarbeit im Gesamtgefüge des kommunalen Haushalts und auch der Kinder- und Jugendhilfe wird verstärkt durch Missverständnisse über deren Rechtsstellung, die bis hinein in die Kommunalaufsichtsbehörden reichen. Formal fällt sie als Selbstverwaltungspflichtaufgabe in den Gestaltungsauftrag im Rahmen der Gesamtverantwortung nach § 79 Abs. 2 SGB VIII. Es besteht so eine Pflicht des öffentlichen Jugendhilfeträgers, ein ausreichendes Angebot an Jugendarbeit zu gewährleisten (Gewährleistungsauftrag). Sie bleibt aber ohne subjektiven Rechtsanspruch (vgl. MÜNDER ET AL. 2013; WIESNER 2015). Es fehlt also eine Konkretisierung des Umfangs und der Art der Leistungen, was zu einer de-facto Behandlung der Jugendarbeit als quasi-freiwillige Aufgabe führen kann, die in (budgetärer) Konkurrenz zu Leistungen der Jugendhilfe mit einklagbarem Rechtsanspruch steht. Dieses Problem tritt innerhalb der Kommune zwischen den mit dem Haushalt befassten Querschnittsbereichen und der Fachebene auf, in Rheinland-Pfalz und anderen Bundesländern aber auch häufig zwischen der Kommunalaufsicht und den Kommunen. Dabei wird der Rechtsanspruch auf Jugendarbeit nicht in Frage gestellt, wohl aber der Umfang der Leistungserbringung. Zwar sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 79 Abs. 2 SGB VIII „von den für die Jugendhilfe zur Verfügung gestellten Mitteln [...] einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit [...] verwenden“, was als „angemessen“ gilt, bleibt jedoch unbestimmt (WIESNER 2015). Konkretisiert wird dies nur in Berlin, wo ein Anteil von zehn Prozent genannt wird (§ 45 Abs. 2 AG KJHG Berlin). Der 11. Kinder- und Jugendbericht forderte eine Quote

von 15% (Bundestags-Drucksache 14/8181, S. 203). Diese Zahlen sind weit entfernt von der Realität in den Kommunen, und da sie an die bestehenden Jugendhilfeausgaben, nicht die Bedarfe (z. B. die Zahl der Jugendlichen einer Kommune) gekoppelt sind, sind sie auch eine problematische Kennzahl. In Rheinland-Pfalz beträgt dieser Anteil z. B. im Jahr 2018 durchschnittlich 2,7 % (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2019).

Den Akteuren sind insbesondere die Grenzen zwischen „Pflichtleistungen“ und „freiwilligen Mehrleistungen“ unklar. Problematisch ist die Durchsetzung des Rechtsanspruchs insbesondere dort, wo die Haushaltsaufsicht die Reduzierung freiwilliger Leistungen fordert und regelmäßig Jugendarbeitsausgaben moniert. Häufig fehlt in solchen Fällen eine valide Argumentationsgrundlage: Bedarfsanalysen und Wirkungsnachweise fehlen häufig. Eine Konkretisierung der Rechtsansprüche durch klarere Angemessenheitsmaßstäbe und formulierte Mindeststandards wäre Sache der Landes- und Bundesgesetzgeber. Auf kommunaler Ebene bleibt der Rückgriff einerseits auf rechtliche Instrumente wie Widersprüche und Normenkontrollklagen. Andererseits wären klare Bedarfsanalysen im Rahmen der Jugendhilfeplanung ein fachlicher Weg, zumindest Argumentationsgrundlage für die Verteidigung von Jugendarbeit und -politik zu schaffen. Auch Jugendhilfeplanung ist Pflichtaufgabe (38o SGB VIII), in der kommunalen Realität aber häufig schlecht ausgestattet, auf Kita-Planung fokussiert und ohne starke Stellung im kommunalen Gefüge. Die Jugendhilfeplanung sollte durch Ratsbeschluss eine höhere politische Verbindlichkeit erlangen: Ratsbeschlüsse zu evidenzbasierten Bedarfen können als Selbstbindung und Argumentationsgrundlage gegen die Haushaltsaufsicht mobilisiert werden. Eine solche Repolitisierung der Ju-

gendhilfeplanung zusammen mit fachpolitischer Vernetzung und der Aufbau von Öffentlichkeit wäre zumindest ein Weg, den rechtlichen Status von Jugendarbeit und -politik zu verteidigen (vgl. EMANUEL 2011).

### **Probleme ressortübergreifender Koordination: Hierarchie, ressortübergreifendes Handeln und Informalität**

Der Anspruch Eigenständiger Jugendpolitik, eine ressortübergreifende Querschnittspolitik zu sein, scheitert häufig an der institutionellen Ansiedlung und mangelndem Kooperationsinteresse anderer Fachbereiche, seien es Bau, Schule, Sport, Grünflächen oder Stadtplanung. Die an den Modellprojekten beteiligten Verwaltungsmitarbeiter\*innen standen vor einem besonderen Dilemma: Als Teil der Verwaltungen weisungsabhängig und zur Neutralität verpflichtet, sollten sie doch Jugendliche zur politischen Einmischung motivieren und Beteiligungssettings entwickeln, deren Ziel es ist, auch Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen, die meist außerhalb ihrer fachlichen Zuständigkeiten lagen. Als Anwält\*innen der Jugendlichen sind sie daher in einer hybriden Rolle zwischen fachlicher Neutralität und advokatorischer Vertretung von (nicht neutralen) Interessen.

Konkret ging es bei den von den Jugendlichen entwickelten Beteiligungsergebnissen häufig um die Nutzung von Freiflächen, -räumen oder die Umgestaltung städtischen Raums. Auch wenn es meist um Sachfragen wie die Realisierung eines konkreten Projektes geht, kann es so zu Rollenkonflikten kommen, die recht häufig Gegenstand der Diskussionen in den Modellkommunen waren. Die Freiräume der Verwaltungsmitarbeiter, nach außen und mit der Politik zu kommunizieren, waren dabei zwischen den Kommunen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dabei hängt der Erfolg Eigenstän-

diger Jugendpolitik auch vom Zugang zu Vorentscheiderkreisen (Verwaltungsführung, Ausschüsse, Fraktionsspitzen) und der Bereitschaft, andere Ressortinteressen zu berücksichtigen, ab. Ansonsten laufen Beteiligungsprozesse Gefahr, unrealistische Erwartungen und Beteiligungsfrust zu wecken, da z. B. der finanzielle und sächliche (z. B. baurechtliche) Rahmen nicht vorabgestimmt wurde bzw. werden konnte. Eigenständige Jugendpolitik sprengt per se Ressortgrenzen und typische, aus der Jugendbeteiligung entspringende Projekte betreffen Stadtplanung genauso wie Sport, Grünflächen oder Schulverwaltung. Alle sind meist in anderen Dezernaten oder Fachbereichen angesiedelt als die Jugendarbeit, so dass ressortübergreifende Kommunikation und Abstimmung wichtig ist. Wo dies auf dem formalen Dienstweg erfolgen muss, werden Prozesse langwierig und Blockadefahren lauern überall.

Welche Handlungsspielräume den Mitarbeiter\*innen zur Verfügung stehen, hängt nicht allein von formalen Regelungen ab, sondern auch von örtlichen Interaktionsmustern und verschiedenen Rollenverständnissen. Informelle Interaktionsmuster und „Mikropolitik“, also Machtspiele mit (und gegen) Verwaltungsspitzen, Fachverwaltung, Kommunalpolitik und externen „Verbündeten“ sind für Neulinge schwer zu durchschauende Strukturen. Fachkräfte der Jugendarbeit sind häufig nicht in der klassischen Verwaltung sozialisiert und fachlich selten im Umgang mit Politik und Verwaltung geschult. Daher war das „Über-Bandespielen“-Lernen wichtiger Teil des Projektes, wozu insbesondere die Netzwerkstrategien zentral waren (vgl. SCHUBERT 2017). Wo keine eigene Handlungskompetenz vorlag, war es wichtig, Personen zu identifizieren, die Anliegen weitertragen und Informationen auf dem „kleinen Dienstweg“, also infor-

mell zu gewinnen. Wichtig war der Aufbau von Unterstützungscoalitionen, die solche Strategien ermöglichen; dies gilt für das Umspielen der formalen Entscheidungsstrukturen wie für kleine technische Probleme, wie die Nutzung von Beteiligungsapps, die in der kommunalen Datenverarbeitungsinfrastruktur auf Datenschutzbedenken stoßen. Insbesondere die Stadt- oder Kreisjugendringe waren wichtige Partner in den Projekten, um pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

Schließlich wurden Wahlprüfsteine oder ein „Jugendcheck“ kommunalpolitischer Programme angeregt. Hier zeigten sich wieder starke Bedenken bei Verwaltungsmitarbeiter\*innen, ihre Kompetenzgrenzen zu überschreiten. Auch hier erwiesen sich die Stadt- bzw. Kreisjugendringe als wichtige Kooperationspartner, da ihnen hier mehr Möglichkeiten offenstanden und sie die Verantwortung für solche Aktionen übernehmen konnten.

### **Beteiligungsprozesse**

Alle begleiteten Projekte hatten sich Beteiligung von Jugendlichen auf die Fahne geschrieben. Ähnlich wie Jugendpolitik, gilt auch Beteiligung heute zunächst einmal per se als gut. Dabei schälten sich drei Problemlagen heraus: Wollen Jugendliche überhaupt beteiligt werden und wenn ja, wie? Wie können Beteiligungsergebnisse verwirklicht und damit „Beteiligungsfrust“ verhindert werden, der entsteht, wenn Jugendliche Zeit und Energie in eine Beteiligung stecken und die Ideen anschließend nicht verwirklicht werden? Und schließlich: Wie kann (positive) Beteiligungserfahrung in eine Verstetigung (kommunal)politischen Engagements gelenkt werden?

Die erste Frage setzt an den Motivationslagen der Jugendlichen an: Beteiligung kann nicht erzwungen werden, sondern muss von

den konkreten Beteiligungsbedürfnissen und der Partizipationsbefähigung der Jugendlichen ausgehen. Die Partizipationsforschung zeigt, dass sich Jugendliche durchaus beteiligen wollen, sie aber durch traditionelle Beteiligungsformate, wie die dauerhafte Mitarbeit in Parteien und Vereinen, eher abgeschreckt werden. Außerdem steht Beteiligung in Konkurrenz mit anderen Dingen (Schule, Freizeit etc.) (vgl. TESCH-RÖMER ET AL. 2017; ALBERT ET AL. 2019). Zeitgemäße Beteiligungsformate müssen mit dieser volatilen Engagementbereitschaft rechnen und Wege finden, die Jugendlichen zunächst einmal punktuell zu mobilisieren. Hier zeigte sich in den Projekten die Bedeutung jugendgerechter Ansprache hinsichtlich der Themen (Relevanz und Attraktivität), jugendgerechter Sprache und zielgruppenorientierter Medienwahl (Stadtanzeiger vs. TikTok). Noch zurückhaltend waren die Projekte hinsichtlich spielerischer Formen der Partizipation, wie sie neuerdings als „Gamification“ bezeichnet werden.

Die zweite Frage setzt eher an der Motivationslage von Kommunalpolitik und -verwaltung an. Wann wird Jugendbeteiligung ernst genommen und dadurch angestoßene Projekte umgesetzt? Wichtig ist es, so zeigten die Erfahrungen, auch die Interessen von Politik und Verwaltung zu berücksichtigen. Hier sind einerseits Motive der Unterstützung von Beteiligungsformaten zu nennen: Kommunalpolitik und -verwaltung profitieren vom Wissen der Jugendlichen als Experten ihrer eigenen Lebenslage und können so auch wohlmeinende Fehlinvestitionen verhindern helfen, zudem erhöhen sie deren Bindung an das Gemeinwesen (was gerade in schrumpfenden Regionen von Bedeutung ist). Sie erlauben aber auch, ganz persönliche Interessen zu verfolgen, wie die Profilierung als „moderner“ und „bürgerlicher“ Akteur. Auf der anderen Seite sind auch die Beden-

ken der Politik zu respektieren: Sie sind als gewählte Vertreter der Bürgerschaft legitimiert, die letztlichen Entscheidungen zu treffen (Primat repräsentativer Politik) (vgl. BOGUMIL und HOLTKAMP 2013). Sie haben die Haushaltslage im Auge zu behalten und weisen oft zu Recht auf die soziale Selektivität und den hohen Aufwand von Beteiligungsverfahren hin. Beteiligung kostet Zeit und Geld: Eine realistische Ressourcenplanung ist wichtig. Soziale Selektivitäten müssen offen ausgesprochen und angegangen werden. Was bedeutet es für die Ergebnisse, wenn sich vornehmlich Gymnasiast\*innen an Veranstaltungen beteiligen? Eine frühe Kooperation mit der Politik ist daher wichtig, um diese Bedenken zu zerstreuen.

Die dritte Frage ist die schwierigste. Eine Verstetigung von Engagement und die Entwicklung von Partizipationskompetenz als Teilziele sind voraussetzungsreich: Es gilt, Frustration zu vermeiden, aber auch mit Widerspruch umgehen zu lernen. Ein wichtiger Aspekt der Begleitung von Jugendpolitik ist es zu erklären, warum Partizipation nicht (immer) zum Ziel führt. Ziel muss es sein, das Gefühl der Selbstwirksamkeit zu stärken: Frühe Partizipation in Schule, Kita, Familie erhöht die Beteiligungsbereitschaft. Jugendbeteiligung muss so gestaltet werden, dass Beteiligung einen „Unterschied“ macht: Es darf keine Pro-forma-Beteiligung sein und es dürfen keine unrealistischen Erwartungen geweckt werden. Diese erhöhen nur die Frustrationsgefahr.

## **Verstetigung: Wege zu einer starken Jugendpolitik**

Dieser Beitrag versuchte aufzuzeigen, dass Eigenständige Jugendpolitik nicht ohne Berücksichtigung der rechtlichen, finanziellen und politischen Rahmenbedingungen der kommunalen Ebene denkbar ist. Dies er-

fordert einen Rollenwechsel der Fachkräfte zwischen administrativer, advokatorischer, pädagogischer und professionspolitischer Ausrichtung. Im Mehrebenensystem treffen so die gutgemeinten Initiativen europäischer und nationaler Provenienz auf kommunalpolitische Strukturen, Routinen und Handlungspraxen, die nur bedingt miteinander kompatibel sind. Auch Eigenständige Jugendpolitik ist so ein langwieriges Bohren harter Bretter, für das den Jugendlichen, aber auch manchen Fachkräften oft die Ausdauer fehlt.

Die beiden hier betrachteten Programme zum Kompetenzaufbau und zur Befähigung kommunaler Fachkräfte können nur ein Baustein dafür sein, Jugendarbeit und -politik mit den ausreichenden Kapazitäten auszustatten. Kapazitäten umfassen hier eben nicht nur die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, sondern auch Wissen und eine gewisse politisch-strategische

Kompetenz, deren Erlernen Rollen- und Perspektivwechsel erfordert. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Die gegenwärtigen Anstrengungen zur Etablierung einer Eigenständigen Jugendpolitik erweisen sich als etwas blauäugig gegenüber der realen kommunalen Politik- und Verwaltungspraxis. Rein programmatische Forderungen von EU, Bund und Ländern werden durch die Restriktionen kommunalpolitischen Handelns, die eben durch diese (mit)verursacht sind, konterkariert. Aber auch die kommunale Ebene selbst ist aufgefordert, pragmatisch die Anliegen von Jugendlichen zu berücksichtigen und hier fachliche wie hierarchische Grenzen zu überwinden.

---

#### AUTOR

**Prof. Dr. Stephan Grohs** ist Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaften an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

## Literaturverzeichnis

ALBERT, MATHIAS; HURRELMANN, KLAUS; QUENZEL, GUDRUN; SCHNEEKLOTH, ULRICH; LEVEN, INGO; UTMANN, HILDE; WOLFERT, SABINE (2019): **Jugend 2019 – 18. Shell Jugendstudie**. Weinheim, Grünwald: Beltz Verlagsgruppe.

BEINBORN, NICLAS; GROHS, STEPHAN; REITER, RENATE; ULLRICH, NICOLAS (2018): „**Eigenständige Jugendpolitik**“. Varianz in den Ländern. In: ZEITSCHRIFT FÜR VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT 12 (4), S. 743 – 762.

BOETTCHER, FLORIAN; FREIER, RONNY; GEISSLER, RENÉ (2021): **Kommunaler Finanzreport 2021**. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

BOGUMIL, JÖRG; GROHS, STEPHAN; REITER, RENATE (2008): **Möglichkeiten und Grenzen nationaler Stadtpolitik**: eine politikwissenschaftliche Perspektive. In: RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG 66 (2), S. 118 – 139.

BOGUMIL, JÖRG; HOLTkamp, LARS (2013): **Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung**. Eine praxi-

orientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ) (2011): **Eine Allianz für Jugend**. Eckpunktepapier: Entwicklung und Perspektiven einer Eigenständigen Jugendpolitik. Berlin: BMFSFJ.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ) (2016): **Eigenständige Jugendpolitik**: Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft. Berlin: BMFSFJ.

EMANUEL, MARKUS (2011): **Freiwillige Leistung oder Pflichtaufgabe?** 20 Jahre Missverständnisse in der Praxis über Leistungsansprüche aus dem SGB VIII. In: ZEITSCHRIFT FÜR KINDSCHAFTSRECHT UND JUGENDHILFE 6, S. 207 – 211.

GROHS, STEPHAN; REITER, RENATE (2017): **Vorbereitende Leistungen für Kinder und Jugendliche in Zeiten knapper Kassen**. In: ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALREFORM 63 (2), S. 98. DOI: 10.1515/zsr-2017-0011.

- HENNEKE, HANS-GÜNTER; RITGEN, KLAUS (2021): **Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung in Deutschland**. München: C.H. Beck.
- HOLTKAMP, LARS; GROHS, STEPHAN (2012): **Rahmenbedingungen kommunaler Jugendpolitik**: Strukturmuster und Besonderheiten der kommunalen Ebene. In: WERNER LINDNER (HG.): **Political (Re)Turn?** Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden: VS, S. 177 – 192.
- KOMMUNALVERBAND JUGEND UND SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG (2019): **Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg**. Stuttgart: KJVS.
- LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSOR- GUNG RHEINLAND PFALZ (HG.) (2021): **Mit PEP vor Ort**. Dokumentation. Mainz: MFFKI.
- LINDNER, WERNER (2009): **Kinder- und Jugendar- beit wirkt**. Aktuelle und ausgewählte Evaluations- ergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. 2. Aufl. Wiesbaden: VS.
- LINDNER, WERNER (2013): **Prävention und andere „Irrwege“ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**. Fortsetzung absehbar. In: ULRICH DEINET UND BE- NEDIKT STURZENHECKER (HG.): **Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit**. 4. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 359 – 371.
- LINDNER, WERNER (2017): **(Kommunale) Jugend- politik – ein Zwischenstopp**. In: WERNER LIND- NER UND WINFRIED PLETZER (HG.): **Kommunale Jugendpolitik**. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 10 – 28.
- LINDNER, WERNER; NEU, RUDI (2021): **Zur Imple- mentation kommunaler Jugendpolitik**. Zweiter Aufschlag. In: DEUTSCHE JUGEND 69 (3), S. 116 – 125.
- LINDNER, WERNER; PLETZER, WINFRIED (HG.) (2017): **Kommunale Jugendpolitik**. Juventa Verlag. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- MAIRHOFER, ANDREAS; PEUCKER, CHRISTIAN; PLU- TO, LIANE; VAN SANTEN, ERIC (2022): **Herausforde- rungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**. Empirische Erkenntnisse. Weinheim: Beltz Juventa.
- MÜNDER, JOHANNES; MEYSEN, THOMAS; TREN- CZEK, THOMAS (HG.) (2013): **Frankfurter Kom- mentar SGB VIII**. Kinder- und Jugendhilfe. 7. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- SCHUBERT, HERBERT (2017): **Identifizierung und Gestaltung von Netzwerken in der Kommune**. In: WERNER LINDNER UND WINFRIED PLETZER (HG.): **Kommunale Jugendpolitik**. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 285 – 297.
- SIEBEL, CLAUDIUS; WICKE, HANS-GEORG (2012): **Zum Verhältnis von Eigenständiger Jugendpolitik und EU-Jugendstrategie in Deutschland**. In: ZUM VERHÄLTNISS VON EIGENSTÄNDIGER JUGENDPOLI- TIK UND EU-JUGENDSTRATEGIE IN DEUTSCHLAND, S. 398 – 416.
- STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2019): **Jugendhilfe 2018 Teil I – Erzieherische Hilfen, Teil IV – Ausgaben und Einnahmen**. Mainz: Statistisches Landesamt.
- TESCH-RÖMER, CLEMENS; VOGEL, CLAUDIA; SI- MONSON, JULIA (2017): **Freiwilliges Engagement in Deutschland**. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Springer.
- WIESNER, REINHARD (HG.) (2015): **SGB VIII. Kin- der- und Jugendhilfe**; Kommentar. 5., überarb. Aufl. München: Beck.

# Die neuesten Trends aus der Offenen Jugendarbeit. Mit einem Abonnement unserer Fachzeitschrift.



Erscheint viermal im Jahr  
zum Preis von 15,- €.  
Das Abo ist erhältlich bei:

**Bundesarbeitsgemeinschaft  
Offene Kinder- und  
Jugendeinrichtungen e.V.**

– BAG OKJE e.V. –  
Brüsseler Straße 44  
13353 Berlin

Tel.: 030-32599 200

Fax: 030-32599 298

**Mail: [info@bag-okje.de](mailto:info@bag-okje.de)**

**[www.offene-jugendarbeit.net](http://www.offene-jugendarbeit.net)**

## Kommunale jugendpolitische Gesamtstrategien und Beteiligungsformate fördern. Das Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ in NRW

Das Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ zielt konkret auf die Verankerung und (Weiter-) Entwicklung jugendpolitischer Strukturen und Beteiligungsstrategien vor Ort: Seit 2019 vernetzen sich Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen, um die Mitbestimmung junger Menschen in ihren Lebensorten zu intensivieren und zu verstetigen. Fachlich werden die mittlerweile 37 Projektkommunen von einem Projektteam der Landesjugendämter Westfalen-Lippe und Rheinland begleitet. Nach fast vier Jahren Laufzeit zieht das Projektteam ein positives Fazit.

### Einführung / Hintergrund

In den Kinder- und Jugendförderplänen von Jugendämtern ist es meist festgeschrieben und mehr als deutlich: Die Beteiligung von



Kindern und Jugendlichen ist nicht nur auf rechtlicher Ebene formuliert (UN-Kinderrechtskonvention / SGB VIII / 3. AG. KJHG), sondern politisch auch gewollt und als klares Ziel für die Zukunft benannt.

Das Engagement, lokale Strategien zu finden, wie sich junge Menschen in unserer Gesellschaft einbringen und sich selbst öffentlich vertreten können, wie sie aktiv Demokratie erfahren und mit Leben füllen können, ist spürbar und nimmt weiter zu. So erlebt es die Fachberatung der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe, die sich ganz konkret diesem einen Thema widmet: die demokratischen Prozesse der

## Rahmenbedingungen / Eckdaten zum Projekt

**Projektname:** Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung

**Akteure:** LWL-Landesjugendamt Westfalen-Lippe und LVR-Landesjugendamt Rheinland

**Förderung:** Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

**Zielgruppe:** Öffentlicher Träger der Jugendhilfe in NRW

**Ziel:** 44 Kommunen in NRW intensiv in ihren Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche stärken und untereinander vernetzen; Weiterentwicklung und strukturelle Verankerung jugendpolitischer Konzepte in 44 Kommunen in NRW und Vernetzung der Projektkommunen

**Projektlaufzeit:** 01.04.2019 bis 31.12.2022

Partizipation in den Kommunen anzuregen und zu verstärken. Für das Rheinland ist das „LVR-Kompetenzteam Eigenständige Jugendpolitik und Partizipation“ Anlaufstelle, für Westfalen-Lippe die „Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW“.

Kommunen, die sich auf den Weg machen möchten, vor Ort Kinder- und Jugendbeteiligung zu initiieren, zu beleben oder zu professionalisieren, können sich mit der Bitte um Unterstützung und Beratung an die Landesjugendämter wenden. Wenn sich Kommunen auf den Weg machen möchten, die Jugendbeteiligung vor Ort zu starten, zu beleben, zu intensivieren oder zu professionalisieren, wenden sie sich nicht selten mit der Bitte um Unterstützung und Beratung an die Landesjugendämter.

naler Verantwortung“ lässt sich die Unterstützung der Fachberatung noch einmal in einen intensiveren Rahmen fassen, denn die teilnehmenden Kommunen erhalten eine professionelle Schubkraft für ihre Beteiligungsvorhaben durch vier verschiedene Bausteine. Auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages sichern sich Kommunen und Landesjugendämter die Zusammenarbeit zur (Weiter-) Entwicklung der Beteiligungsmöglichkeiten dabei gegenseitig zu.

### Fachberatung und Vermittlung:

Der erste Baustein des Projektes zielt auf eine professionelle Begleitung der Kommunen und Kreise. Dies können Beratungsgespräche mit kommunalen Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung sowie pädagogischen

## Das Projekt und seine Bausteine

Mit dem im Jahr 2019 gestarteten Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommun-



**RHEINLAND**

1 Stadt <b>Düren</b>	11 Stadt <b>Essen</b>
2 Stadt <b>Erkelenz</b>	12 Stadt <b>Langenfeld</b>
3 Stadt <b>Goch</b>	13 Stadt <b>Leichlingen</b>
4 Kreis <b>Heinsberg</b>	14 Stadt <b>Mülheim</b>
5 Stadt <b>Hückelhoven</b>	15 Stadt <b>Mettmann</b>
6 Stadt <b>Krefeld</b>	16 Stadt <b>Oberhausen</b>
7 Stadt <b>Meckenheim</b>	17 Stadt <b>Solingen</b>
8 Stadt <b>Rheinbach</b>	18 Stadt <b>Troisdorf</b>
9 Kreis <b>Viersen</b>	
10 Stadt <b>Würselen</b>	



Fachkräften ebenso sein, wie Moderationen von Veranstaltungen oder Vermittlung von Fachkontakten. Übergeordnetes Ziel ist immer eine Gesamtstrategie jugendpolitischer Konzepte oder ihre Weiterentwicklung.

### Netzwerk:

Durch den Projektrahmen, die konzentrierte Begleitung zum Thema Jugendpolitik und Beteiligungsstrategien sowie regelmäßig stattfindende Veranstaltungen entwickelt sich ein landesweites Netzwerk aus erfahrenen Fachkräften der beteiligten Projektkommunen. Der fachliche Austausch mit Fachkräften aus anderen Kommunen ermöglicht, dass Wissen und Praxiserfahrungen weitergegeben werden können. Digital eingefasst wird dieses Netzwerk durch die projektinter-

aktuelle Informationen und Literatur rund um jugendpolitische Themen und haben Zugriff auf die Dokumentation der projektinternen Fortbildungen.

### Fortbildung:

Ein weiterer Baustein des Projektes ist die eigens konzipierte Fortbildungsreihe „Fit für Jugendpolitik“. In etwa monatlichem Turnus bietet das Projektteam den teilnehmenden Fachkräften die Möglichkeit, sich in dreieinhalbstündigen Online-Seminaren für ihre Beteiligungsvorhaben weiterzubilden. Gewünschte Themen und Bedarfe für die Qualifizierungen werden in regelmäßigen Abständen von den Projektkommunen erfragt. Grundlagen der Partizipation, jugendgerechte Ansprache, Netzwerkarbeit und -analyse, die Integration der Jugendverbände, Konfliktkommunikation oder Beteiligungsformate für benachteiligte Jugendliche stehen hier beispielsweise auf dem Seminarplan.

### Finanzielle Förderung:

Der vierte Projektbaustein zielt konkret auf die Umsetzung von Beteiligungsideen und sieht eine Förderung von bis zu 3000 Euro pro Kommune vor. Voraussetzung ist eine Projektidee zum Thema Beteiligung, die von jungen Menschen für junge Menschen ins Leben gerufen wird. Diese „Mikroprojekte“ sollen mit der kommunalen Strategie eigenständiger Jugendpolitik verknüpft sein.

### Fazit nach knapp vier Jahren Laufzeit

Die Fachberater:innen des Projektteams ziehen ein halbes Jahr vor Projektende bereits ein positives Fazit. Besonders die Bausteine Vernetzung und Fortbildung zeigen direkte und gute Wirkung. Durch die Kombination des fachlichen (Erfahrungs-)Austauschs mit Wissensvermittlung und Qualifizierung er-

ne App „CommYOUunity“. Auf kommunaler Ebene dient die App als Informations- und Austauschplattform von bestehenden Jugendgruppen. Fachkräfte erhalten in der App



fahren die Fachkräfte, die die Beteiligung vor Ort schließlich ermöglichen und voranbringen, Professionalisierung und Motivation. Die individuelle Fachberatung wird ebenso sehr rege nachgefragt, wohingegen die Inanspruchnahme der finanziellen Förderung den bisherigen pandemiebedingten Einschränkungen und somit einer erschwerten planbaren Umsetzung von „Mikroprojekten“ gegenüberstand.

Deutlich zeigt sich ein Resümee auch hinsichtlich einiger Erfolgsfaktoren, wenn eine kontinuierliche Etablierung von kommunalen Teiligungsstrukturen gelingen soll: Teiligungsformate müssen immer mit Jugendlichen für Jugendliche entwickelt werden. Junge Menschen müssen gefragt werden, was sie brauchen, um ihre Themen und Anliegen umzusetzen und welches für sie das richtige Format ist. Gut miteinander kooperierende Schnittstellen zwischen der kommunalen Verwaltung und Politik und den Akteur:innen der Kinder- und Jugendarbeit sind enorm wichtig. Eine zentrale Rolle nimmt an dieser Stelle auch die offene Kinder- und Jugendarbeit ein. Auch eine frühzeitige und sehr transparente Kommunikation zu Teiligungsmöglichkeiten und die Zusammenarbeit mit politischen Gremien spielt eine herausragende Rolle. Weiterhin sollte die Gesamtstrategie zu einer kommunalen Teiligungskultur junger Menschen den Fokus auf Niedrigschwelligkeit legen sowie auf eine Vielfalt an Angeboten, statt nur „das eine“ Instrument zur Teiligung zu suchen.

Als Voraussetzung für eine kommunale eigenständige Jugendpolitik zeigt sich eine profilierte Jugendpolitik, die durch eine infrastrukturelle Unterstützung für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und für gute Aufwachsens- und Lebensbedingungen sorgt. Für die kommunale Situation spielen die Größe, die Lage der Kommune,

ob städtischer oder ländlicher Raum sowie die finanziellen und personellen Ressourcen ebenfalls eine entscheidende Rolle. Das Wissen über Strategien, Möglichkeiten, fachliche Konzepte sowie die Vernetzung sind verschieden ausgeprägt. Insbesondere eine Verankerung in den kommunalen Kinder- und Jugendförderplänen und damit eine nachhaltige Entwicklung sind von entscheidender Bedeutung. Die Jugendhilfeausschüsse haben die Verantwortung, dem Jugendamt sowie den kommunalen freien Trägern nach interner Beratung und Abstimmung dazu einen Entwicklungsauftrag zu geben.

## **Rückblick auf die Ausgangslage**

Wie langfristig und dauerhaft wichtig die Ziele des Projektes sind, zeigt der Blick zurück: Bereits 2016 wurde das Diskussionspapier „Eigenständige Jugendpolitik aus Sicht der kommunalen Jugendförderung“ von der Arbeitsgemeinschaft kommunale Jugendförderung in NRW mit den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen-Lippe herausgegeben und setzte mit Blick auf die Gesamtverantwortung des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe Impulse für eine vielfältige kommunale Ausgestaltung eigenständiger Jugendpolitik. Anfang 2019 veranstaltete das Netzwerk Jugendpolitik NRW, ein Zusammenschluss von freien und öffentlichen Trägern der Jugendförderung auf Landesebene sowie Akteur\*innen der kommunalen Jugendförderung, mehrere Aktivierungskonferenzen für jugendpolitische Akteur:innen von freien und öffentlichen Trägern in NRW. Der Dialog zwischen Jugendlichen, pädagogischen Fachkräften, Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung gab wichtige Anregungen und Impulse für die Umsetzung einer eigenständigen Jugendpolitik in den Kommunen. An diese Aktivitäten

und Bedarfe schließt das Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ an.

## Aktueller Stand und Ausblick

Der Bedarf zur (Weiter-)entwicklung einer jugendpolitischen Strategie auf kommunaler Ebene ist weiterhin hoch. Der Ablauf des Projektes hat sich aufgrund der Corona-Pandemie verändert. Die Rahmenbedingungen, um junge Menschen aktiv zu beteiligen, um Austausch, Projekte und Veranstaltungen anzustoßen, waren durch die pandemiebedingten Auflagen ab 2020 erschwert. Der Umstieg auf digitale Strukturen war gerade zu Beginn der Pandemie noch im Aufbau und die Unsicherheiten auf allen Seiten hoch. Digitale Jugendbeteiligung hat durch die Pandemie einen An Schub erlebt. Gleichzeitig steht aktuell zum Teil die Reaktivierung analoger Beteiligungsformate auf der Agenda. Dabei stellt sich vielen Kommunen auch die Frage, welche Beteiligungsformen analog und welche digital Bestand haben sollen.

Dass sich trotz dieser Umstände bis heute 37 Kommunen (Ziel sind 44 Kommunen bis Ende 2022) im Projekt vernetzt haben, darf natürlich als Erfolg gewertet werden. Es zeigt aber vor allem die Aktualität, die

Dynamik und den ganz akuten Bedarf der Kommunen, eine eigenständige Jugendpolitik zu etablieren. Mehr noch: Das Interesse weiterer Kommunen, die Antriebskraft der Projektbausteine auch wenige Monate vor Auslaufen des Projektes noch zu nutzen, ist spürbar und hoch – dies zeigen die Anfragen an die LWL-Servicestelle und das LVR-Kompetenzteam. Auch ab 2023 werden die Kommunen in NRW weiterhin mit Fachberatung und Fortbildung durch die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW, die beim LWL-Landesjugendamt angesiedelt ist und das „LVR-Kompetenzteam eigenständige Jugendpolitik und Partizipation“ unterstützt.

## INFORMATIONEN

[www.jugendbeteiligung-in-nrw.de](http://www.jugendbeteiligung-in-nrw.de)

### AUTORINNEN / AUTOR

**Anne Brülls** (LVR),  
**Verena Bückler** (LVR),  
**Almut Haushalter-Wittenbrink** (LWL),  
**Anne Schüring** (LWL),  
**Jonas Theßeling** (LVR)  
sind Fachberater:innen bei den Landesjugendämtern des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe und des Landschaftsverbands Rheinland.

# Planung und Umsetzungsprozess des Kinder- und Jugendförderplans (KJFP) 2021 – 2025 der Stadt Düsseldorf

## Erarbeitung des Kinder- und Jugendförderplans

Mit dem Kinder- und Jugendförderplan 2021-2025<sup>1</sup> wurde 2021 bereits der fünfte Kinder- und Jugendförderplan für die Stadt Düsseldorf vorgelegt und beschlossen.

Ende 2017 gründete sich eine Lenkungs- runde KJFP, bestehend aus der Amtsleitung des Jugendamtes, der Abteilungsleitung der Abteilung Jugendförderung und der zuständigen Jugendhilfeplanerin im Jugendamt, Trägervertretungen und des Jugendrings. Zur gleichen Zeit fand ein Fachtag\* zum 15. Kinder- und Jugendbericht<sup>2</sup> der Bundesregierung statt, bei welchem Inhalte des Berichtes vorgestellt und in verschiedenen Workshops Themenbereiche für den neuen Düsseldorfer Kinder- und Jugendförderplan identifiziert wurden.

„Wo stehen wir bei diesen Themen in Düsseldorf?“ Unter dieser Fragestellung wurde 2018 kontinuierlich in den beiden AG § 78 SGB VIII Jugendförderung und Jugendsozialarbeit sowie im Rahmen eines Fachdi- aloges\* weiter an den Themen gearbeitet.

Die Querschnittsthemen

- Inklusion
- Freiräume
- Partizipation
- Leben in der digitalen Welt

kristallisierten sich heraus und wurden daraufhin in einem Workshopverfahren mit

konkreten Inhalten gefüllt (Workshopphase von Januar bis März 2019).

## Die Jugendbefragung

Parallel dazu starteten 2018 die ersten Vor- bereitungen für die Jugendbefragung 2019, die gemeinsam von Jugendhilfeplanung und dem Amt für Statistik und Wahlen um- gesetzt wurde. Eine AG Jugendbefragung wurde gegründet, die außer Vertreter\*innen aus dem Handlungsbereich der Jugendar- beit auch Mitglieder des Jugendrats, die Schüler\*innenvertretung sowie die Service- stelle Partizipation des Jugendamtes um- fasste.

Die Idee war, in Form einer offenen On- linebefragung (kompatibel für die Darstel- lung auf mobilen Endgeräten mit Zugang über einen QR Code) auch die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, die normaler- weise eher selten mittels klassischer Befra- gungswege für eine Teilnahme gewonnen werden können.

Zusätzlich sollten junge Menschen per- sönlich in Räumen und an Plätzen ange- sprochen werden, die von ihnen häufig aufgesucht werden (z. B. schulische Einrich- tungen, Freizeiteinrichtungen, vor Einkaufs- zentren). Dort kamen auch Papierfragebö- gen zum Einsatz.

Durch zielgruppenspezifische Werbung (online über die Social Media Plattform Instagram und klassisch auf Plakaten und Flyern), die mit Unterstützung des Amtes

für Kommunikation und einer externen Agentur entwickelt wurde, sollten junge Menschen auf die Befragung aufmerksam gemacht werden.

Ab Januar 2019 startete die konkrete Vorbereitung der Jugendbefragung. Dafür wurde das Konzept der Befragung im Jugendrat vorgestellt. Jugendliche sollten nicht nur durch ihre Teilnahme an der Befragung partizipieren, sondern sie wurden von Anfang an in die Planung und Entwicklung der Fragestellungen und Themen einbezogen.

Angeregt von der AG §78 SGB VIII Jugendförderung wurde ein Raster zur Fragenentwicklung mit Jugendlichen und der Bitte nach Vorschlägen für ein Befragungsmotto an die Düsseldorfer Jugendfreizeiteinrichtungen verschickt. Parallel dazu liefen mit Unterstützung des Amtes für Schule und Bildung Beteiligungsworkshops in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen durch die Servicestelle Partizipation. Die Rückmeldungen wurden von der AG Jugendbefragung bearbeitet und zu einem Gesamtfragebogen zusammengestellt.

Der Fragenpool, bestehend aus personenbezogenen Angaben, Fragestellungen

aus der Fachabteilung und Fragestellungen der Jugendlichen wurde vom Amt für Statistik und Wahlen programmiert und über eine Verlinkung und einen QR Code für den Pretest aufbereitet.

Vom 15. Mai bis zum 15. Juli 2019 wurde die Befragung durchgeführt. „Du hast es in der Hand – Verändere Deine Stadt!“ Unter diesem Motto wurden Düsseldorfer Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 21 Jahren dazu aufgerufen, sich an der Umfrage zu beteiligen.

Jugendbefragung 2019

# Deine Stadt Deine Zukunft

Düsseldorf  
Nähe trifft Freiheit

**Du hast es in der Hand –  
Verändere Deine Stadt!**

Mach mit unter [www.duesseldorf.de/jugendbefragung](http://www.duesseldorf.de/jugendbefragung) und sag uns, was Dich in Düsseldorf bewegt.

Landeshauptstadt Düsseldorf  
Jugendamt

Plakat zur Kampagne · Stadt Düsseldorf



Beispiel Instagram Kampagne · Stadt Düsseldorf

Insgesamt 4.119 Jugendliche und junge Erwachsene haben den Fragebogen online abgerufen und 88 Personen füllten einen Papierbogen aus. Dementsprechend partizipierten insgesamt 4.207 Jugendliche und junge Erwachsene an der Befragung. Gemessen an den in Düsseldorf lebenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen der angesprochenen Altersgruppe entspricht dies einer Beteiligung von 9,7 Prozent.<sup>3</sup>

Der Verwaltungsbericht zur Befragung mit den Ergebnissen in ausführlicher Form wurde im Januar 2020 in der Reihe Statistik und Stadtforschung Nr. 58 vom Amt für Statistik und Wahlen veröffentlicht<sup>4</sup>. Auf Grundlage dieses Berichtes wurden ausgewählte Fragestellungen gesondert für die Zielgruppe der Jugendlichen aufbereitet und eine extra Broschüre in zielgruppengerechter Form erstellt. Unter dem Titel „Was geht?“ wurden vor allem die Themen berücksichtigt, die Jugendliche selbst eingebracht haben. Die Broschüre sollte in erster Linie eine Rückmeldung an die Zielgruppe geben. Die

für den März 2020 geplante Auswertungsveranstaltung im Jugendkulturcafé Franzmann, bei der die Ergebnisse vorgestellt und mit den jungen Menschen diskutiert werden sollten, musste leider aufgrund der Covid 19-Vorgaben entfallen.

Nach den Workshopphasen im Frühjahr 2019 konnte im Mai 2019 bei einem weiteren Fachtag\* ein erster Gliederungsentwurf für den zukünftigen Förderplan präsentiert werden (siehe Grafik, Seite 25).

Der Gliederungsentwurf beinhaltet im ersten Teil die Darstellung der identifizierten sechs Herausforderungen/ Querschnittsthemen, welche alle Handlungsfelder betreffen und sich in ihnen widerspiegeln sollen. Eingebettet in die Querschnittsthemen, werden im zweiten Teil des Förderplans die Handlungsfelder (§11 – §14 SGB VIII) und die erforderlichen Maßnahmen skizziert.

Es wurden insgesamt 17 Arbeitsgruppen zu den Querschnittsthemen und den Handlungsfeldern gebildet und ein Zeitplan vorgestellt. Teilnehmende der Arbeitsgruppen

waren Mitarbeitende und Leitungskräfte von Kommune und Trägern der Handlungsfelder der Jugendförderung nach § 11 – 14 SGB VIII. Die Arbeitsgruppen erarbeiteten die Inhalte und Maßnahmen des Kinder- und Jugendförderplans 2021 – 25 innerhalb des Zeitraums Sommer 2019 bis Herbst 2020.

Der Zeitplan gab dafür fünf Meilensteine vor:

- Bilanz des Förderplans 2015 – 2020
- Beschreibung neuer Inhalte
- Entwicklung passender Angebote und Infrastruktur
- Ausblick und Maßnahmen
- Zusammenfassung

Die Bedürfnisse von Düsseldorfer Kindern und Jugendlichen aus der Jugendbefragung wurden dabei berücksichtigt und flossen in die Planung ein.

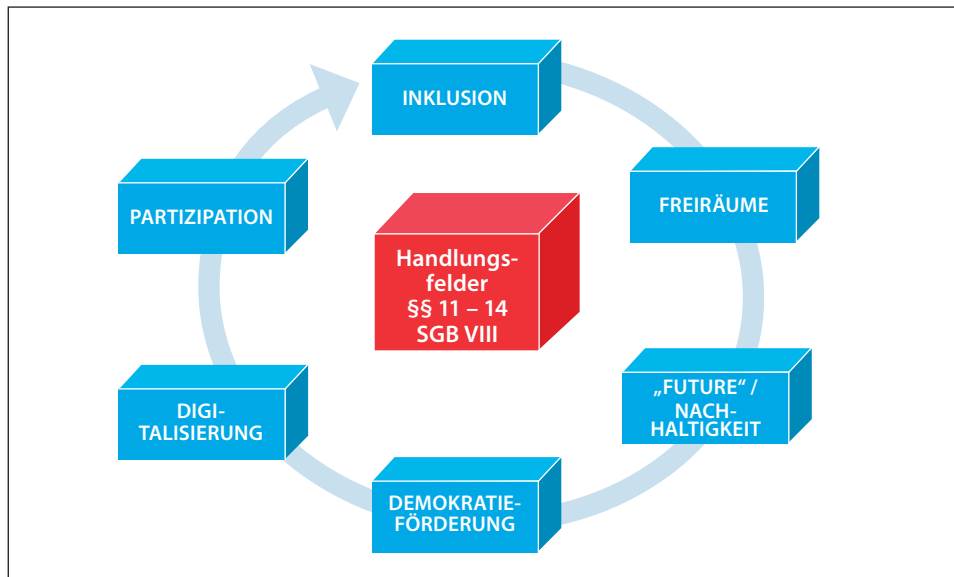
Der Beginn der Covid 19-Pandemie im Frühjahr 2020 stellte auch für die Erarbeitung des neuen Kinder- und Jugend-

förderplans einen Einschnitt dar. Je nach Arbeitsfeld und den Anforderungen des Arbeitsplatzes unter Corona-Bedingungen waren andere Aufgaben vorrangig und eine digitale Arbeits- und Austauschstruktur zu etablieren.

Das Querschnittsthema „Digitalisierung“ bekam eine zusätzliche Dringlichkeit und Anforderungen in diesem Bereich wurden deutlich erkennbar. Unter dem Eindruck der Pandemie wurden Inhalte neu diskutiert und beschrieben.

Regelmäßig war die Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans Thema in den beiden AG §78 SGB VIII Jugendförderung und AG §78 SGB VIII Jugendsozialarbeit. Die Vernetzung und der Austausch der Arbeitsgruppen, die Überarbeitung, Zusammenführung und Abstimmung der Texte und Inhalte, sowie die Information von Gremien und Politik wurde durch die oben benannte Lenkungsrunde zum Kinder- und Jugendförderplan gewährleistet.

## Kinder- und Jugendförderplan 2021 – 2025 · Querschnittsthemen



Im Herbst 2020 war schließlich eine Textvorlage fertiggestellt, welche verwaltungsintern abgestimmt und im April 2021 im Jugendhilfeausschuss vorberaten und im Rat beschlossen wurde.

## Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans

Im Mai 2021 fand ein erster Fachdialog\* zum neuen Kinder- und Jugendförderplan 2021-2025 statt.

Unter dem Thema „Förderplan und Corona: Kinder- und Jugendarbeit in und nach der Pandemie“ wurde der neue Förderplan kurz vorgestellt. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag aber auf der Fragestellung, wie ein „Neustart“ in der Jugendhilfe gelingen kann.

Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen ist regelmäßig Thema in der AG §78 SGB VIII Jugendförderung und AG §78 SGB VIII Jugendsozialarbeit und wird darüber hinaus durch Controllingberichte in den Jugendhilfeausschuss eingebracht.

Ein Fachtag\* zu den Querschnittsthemen des Kinder- und Jugendförderplans fand zuletzt im November 2021 statt, bei dem sich alle Teilnehmer\*innen zu der Bedeutung der Querschnittsthemen für ihr jeweiliges Handlungsfeld austauschen konnten und die Ergebnisse abschließend mit politischen Vertreter\*innen diskutiert wurden.

Auch in Zukunft ist es geplant, regelmäßig Maßnahmen und Inhalte des aktuellen Förderplans in den unterschiedlichen Strukturen und Gremien darzustellen und zu reflektieren. Gleiches gilt für die Qualitätsentwicklung, die seit 2010 ein fester Bestandteil jedes Kinder- und Jugendförderplans ist. Die Erarbeitung von Qualitätsstandards für alle Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, ein Qualitäts- und Wirksamkeitsdialog und jährliche Zielvereinbarungen mit den

Einrichtungen und Jugendhilfeangeboten werden seitdem sukzessive umgesetzt, ausgewertet und weiterentwickelt.

Im Rahmen eines Qualitätsentwicklungsprozesses nach § 79a SGB VIII wurden die bereits im Kinder- und Jugendförderplan 2010-2014 erarbeiteten konkreten Qualitätskriterien der offenen Kinder- und Jugendarbeit als verbindliche Standards durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen<sup>5</sup>. Im aktuellen Kinder- und Jugendförderplan 2021 – 2025 werden nun die Ergebnisse der ersten Qualitätsmessung dargestellt.

Insgesamt soll die detaillierte Darstellung des Erarbeitungsprozesses für den aktuell in Düsseldorf gültigen Kinder- und Jugendförderplan 2021 – 2025 deutlich machen, dass er auf Grundlage einer umfassenden Partizipation aller Beteiligten erarbeitet und reflektiert ausgearbeitet wurde. Solch ein Prozess kostet Zeit und Mühe – auf dieser Basis erfährt er aber auch eine breite Akzeptanz in Düsseldorf und wird als lebendiges Planungsinstrument in der Jugendhilfe genutzt.

Neben anderen Arbeitsfeldern hat gerade die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Pandemiesituation gezeigt, wie flexibel und kreativ sie den Kern ihrer Arbeit, die Beziehungsarbeit, auch unter schwierigen Bedingungen aufrechterhält, indem sie analoge in digitale Angebotsformen übertragen, neue Angebote entwickelt und ihre digitale Präsenz ausgebaut hat. Damit hat sie sich einen zusätzlichen Zugang zu Kindern und Jugendlichen erschlossen und darüber hinaus neue Zielgruppen erreicht.

Die Folgen der Einschränkungen direkter sozialer Kontakte durch Covid-19-Vorgaben speziell für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, wurden in zahlreichen Studien und Untersuchungen nachgewiesen und machen deutlich, dass die direkten niedrigschwelligen, freiwilligen und offenen

Angebote der OKJA im face-to-face Kontakt essentiell für die Zielgruppe sind.

Sowohl analoge als auch digitale Angebote der OKJA sollten sich zukünftig ergän-

zen und Kinder und Jugendliche in ihrer gesamten Lebenswelt, die keine Trennung zwischen analog und digital wahrnimmt, erreichen.

---

#### AUTORIN

**Regina Knips** ist Erzieherin/Diplom Sozialpädagogin mit Berufserfahrung in Kita, Hort, OKJA und OGS, davon 15 Jahre Leitung einer großen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung in Düsseldorf. Seit 2017 als Jugendhilfeplanerin bei der Stadt Düsseldorf für den Bereich Jugendförderung tätig.

[regina.knips@duesseldorf.de](mailto:regina.knips@duesseldorf.de)

## Anmerkungen

- 1 <https://www.duesseldorf.de/jugendamt/wir/fth.html> \* Fachtag/Fachdialog – in diesen Formaten sind in Düsseldorf im Handlungsfeld Kinder- und Jugendarbeit immer Mitarbeiter\*innen von kommunaler Seite, freien Trägern und den Jugendverbänden vertreten.
- 2 Vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/15-kinder-und-jugendbericht-115440> Zugriff am 3.5.2022
- 3 Alle Informationen zur Jugendbefragung 2019 können unter:
  - 4 <https://www.duesseldorf.de/jugendamt/jugendliche-begleiten/jugendbefragung.html> abgerufen werden.
  - 5 <https://www.duesseldorf.de/statistik-und-wahlen/statistik-und-stadtforschung/veroeffentlichungen.html#c153059>
  - 5 <https://www.duesseldorf.de/jugendamt/wir/fth/qualitaet.html>

# Kommunale Jugendbeteiligung

## Erfahrungen des Verbands saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung (juz-united)

### Ausgangslage

Kommunale Jugendbeteiligung hat Hochkonjunktur. Im Fachdiskurs, der Wissenschaft und über alle politischen Ebenen hinweg scheint sich gerade viel zu tun. Vermutlich noch unterstützt durch die mediale Berichterstattung über das Leiden der Jugend unter den Corona-Maßnahmen, scheinen viele Städte und Kommunen erweckt zu sein und junge Menschen als politische Subjekte erstmals ernsthaft wahrzunehmen.

Der vorliegende Beitrag möchte Erfahrungen des Verbands saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung (juz-united) im Rahmen kommunaler Jugendbeteiligung exemplarisch darstellen. Neben einem Exkurs zu den Potentialen selbstverwalteter Jugendtreffs für die Beteiligung und Demokratiebildung gerade im ländlichen Raum, sollen anhand von Fallbeispielen aus den letzten Jahren Wege gezeigt werden, wie anlass- bzw. projektbezogene Jugendbeteiligung gelingen kann. Letztlich sollen auch Grenzen kommunaler Jugendbeteiligung aus unserer Sicht aufgezeigt und kritisch reflektiert werden.

### Formen der Jugendbeteiligung in Kommunen

Während der Fachdiskurs immer noch über Methoden und Wege streitet, wie jugend-

liche Interessen in erwachsene Gremien einzuspeisen und damit zwei scheinbar widersprüchliche Systemlogiken zusammenzubringen wären, werden vielerorts Tatsachen geschaffen. Im Saarland erleben wir, dass die Antwort der Politik auf diese Frage sowohl auf kommunaler, als auch auf Landesebene oftmals das Einrichten von Jugendparlamenten oder Jugendbeiräten ist. Das ist aus ihrer Perspektive durchaus nachvollziehbar. Es gibt viele gute fachliche Argumente für solche institutionalisierten Formen. Sie sind auf Dauer angelegt, garantieren den Teilnehmenden klar geregelte Rechte und damit auch eine verbrieft Handlungsmacht in einem vordefinierten Rahmen und tragen deutlich zur politischen Bildung bei, indem junge Menschen sich früh mit dem parlamentarischen System und seinen Gremien vertraut machen. Gleichzeitig machen sie es dem bestehenden System politischer Repräsentation leicht zu kooperieren, weil ihre Form und Funktionslogik analog zu erwachsenen demokratischen Verfahren gestaltet sind. Zudem werden so bzgl. der Partizipation Tatsachen geschaffen, die sich öffentlichkeitswirksam kommunizieren lassen. Ob „der Jugend“ allerdings damit der Stellenwert eingeräumt wird, der ihr zusteht, ist fraglich.

Kommunalen Jugendparlamenten wird oft nachgesagt, dass sie aufgrund ihrer



Globaler Klimastreik 20.09.2019

bürokratischen Natur und nicht wirklich jugendaffinen Form nur jene Jugendlichen ansprechen, die ohnehin aus privilegiierteren Milieus stammen. Hierzu zeigt die umfangreiche Studie von ROLAND ROTH und Walde-  
mar Stange zu kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten aktuell, dass viele dieser Institutionen nicht so schlecht sind, wie ihr Ruf vermuten lässt, es aber noch viel Raum für Optimierung gibt (vgl. ROTH/STANGE 2020). Die bundesweite Studie bestätigt beispielsweise, dass Jugendparlamente nicht alle Teile „der Jugend“ repräsentieren. Schieflagen und Repräsentationsmängel hinsichtlich der Dimensionen Geschlecht, Bildung und soziale Herkunft konnten in den letzten Jahren zwar vermindert werden,

sind aber noch deutlich vorhanden (vgl. ebd.: 28). Die Autoren fordern jedoch dazu auf, diese Schieflagen neu zu bewerten vor dem Hintergrund, dass die Repräsentationslücke in Relation zu Erwachsenenparlamenten noch gering ausfiele. Auch seien Jugendparlamente in der Regel keine kurzfristige Angelegenheit und ihre institutionelle Verankerung mache deutlich, dass es sich nicht bloß um Symbolpolitik handle.

Dennoch sind die Argumente gegen institutionalisierte Formen der Jugendbeteiligung nicht von der Hand zu weisen. Sie können für Jugendliche, die sich von entsprechenden Arbeitsweisen angezogen fühlen, ein attraktiver Baustein innerhalb einer vielfältigen kommunalen Beteili-

gungslandschaft sein. Allerdings sind selbst bei partizipativ angelegten Entstehungsprozessen solcher Gremien viele Antworten bereits von Erwachsenen vorgegeben und Verfahren vorstrukturiert. So gehen auch die Initiativen zur Gründung von Kinder- und Jugendparlamenten überwiegend von der politischen Spitze, den institutionellen politisch-administrativen Akteuren oder von pädagogischen Fachkräften aus und deutlich seltener von Jugendlichen selbst (vgl. ebd.: 25).

Die Empirie zeigt zudem, dass Jugendparlamente vor allem im urbanen Raum und größeren Mittelstädten verbreitet sind und zumindest bislang noch keine weit verbreitete Partizipationsstrategie für ländliche Gebiete darstellen (vgl. ebd.: 11). Das gilt auch für ihre Verbreitung im hauptsächlich ländlich geprägten Saarland. Bis auf wenige Ausnahmen finden sich Jugendbeiräte und dergleichen eher in den wenigen städtischen oder mittelstädtischen Zentren.

## **Selbstverwaltete Jugendtreffs als Beteiligungsstrategie**

Hier wirbt juz-united seit Jahren dafür, selbstverwaltete Jugendzentren als Beteiligungsstrategie nicht zu übersehen. Gerade im Saarland, wo diese Einrichtungsform im ländlichen Raum fast flächendeckend verbreitet ist, sodass fast jedes Dorf zumindest über einen kleinen selbstverwalteten Jugendraum verfügt, stellen diese eine sinnvolle Ergänzung für institutionalisierte Partizipationsformen dar. Das gilt speziell für junge Menschen, die kein Interesse, nicht die notwendigen Voraussetzungen oder keine Kapazitäten für ein langfristiges Engagement in einem Jugendparlament haben. Jugendtreffs bieten ein aus unserer Perspektive unterschätztes Potential sowohl für reale Beteiligungschancen

Jugendlicher, als auch für die Demokratiebildung.

### **Demokratiebildung im Jugendtreff**

Im Saarland schließen sich Jugendliche zur Gründung eines selbstverwalteten Jugendtreffs in der Regel zu einem gemeinnützigen Trägerverein zusammen, der ihnen eine innere Organisationsform und eine geschlossene Außenvertretung bietet. Bereits diese Gründung, das Zusammenkommen einer organisierten, handlungsfähigen Gruppe, die Auseinandersetzung mit Satzungs- und Organisationsfragen, die Dynamik bei der Auswahl der Außenvertretung, der Erstkontakt mit Ortsvorsteher und Gemeindegremien stellen sich für Jugendliche als Fülle an demokratierelevanten Erfahrungen dar.

Neben der in die Alltagsstruktur solcher Einrichtungen eingelagerten Herausforderung zur Verantwortungsübernahme und den kontinuierlichen Aushandlungsprozessen im Binnenverhältnis, ergeben sich durch das Engagement in Selbstverwaltung immer wieder Anlässe, die eine Auseinandersetzung mit dem umschließenden Gemeinwesen erfordern. Dabei werden die Binnenerfahrungen der Jugendlichen mit den Erfordernissen der Erwachsenengesellschaft, wie den Strukturen der Kommunalpolitik, konfrontiert. Das generiert ein eigenständiges Erfahrungsfeld, in dem die Jugendlichen bei der Interessenvertretung gegenüber kommunalen Gremien bürgerschaftliche Verhaltensdispositionen entwickeln.

Anlässe reichen dabei von der Gründung, bzw. der ersten Forderung nach Raum, über Alltagskonflikte mit der Erwachsenenwelt, Gestaltungsprojekten im Sozialraum, Mitarbeit bei der Gemeindeentwicklung, bis zum Kampf um den Erhalt bedrohter Einrichtungen.

Innerhalb selbstverwalteter Jugendtreffs entsteht dabei ein Erprobungsraum, der als

besonders intensives Feld individueller Identitätsbildung erfahren wird. Dabei berichten viele ehemals Aktive von einem schrittweisen Hineinwachsen in komplexer werdende Beteiligungsanlässe, zunächst innerhalb des Jugendtreffs und im späteren Verlauf auch als Jugendtreff im Sozialraum. Im relativ geschützten Rahmen der „Gesellschaft im Kleinen“ (STURZENHECKER 2021: 1007) des Jugendtreffs ist es auch für die Jüngsten vergleichbar schnell möglich, erstmals die eigenen Interessen gegenüber anderen zu artikulieren, nach Verbündeten zu suchen und mit widerstrebenden Auffassungen in Dialog zu treten. Findet ein Anliegen Zuspruch im Jugendtreff, kann sich die Einrichtung dieses zu eigen machen und im Folgenden gegenüber dem externen Gemeinwesen vertreten. Solche Berichte über das Hineinwachsen in Engagement decken sich mit den Ergebnissen einer Untersuchung zu Partizipationsbiografien (vgl. SCHWANENFLÜGEL 2015), die beschreibt, dass es sich um Aneignungsprozesse handelt, bei denen die positive Anerkennung kleinerer Einmischungsversuche von Jugendlichen dazu führt, dass diese im Sinne einer Spirale wachsender Komplexität ihr Partizipationshandeln immer weiter steigern und auf andere Bereiche ausweiten. Eine idealtypische Partizipationsbiografie im selbstverwalteten saarländischen Jugendtreff reicht in diesem Sinne vom ersten Putzen nach der Party über das Streiten im Plenum über Alltagsfragen wie Getränkepreise oder die Anschaffung einer neuen Musikanlage bis hin zum abendlichen Planungstreffen mit den Ortsratsfraktionen oder gar einem eigenen politischen Amt.

Diese Beschreibung mag einen romantisierten Verlauf darstellen, wird in der Praxis allerdings immer wieder berichtet. Ein Grund dafür könnte sein, dass neben den ehrenamtlich engagierten Jugendlichen auch die Politik und die gesamte Dorfgemein-

schaft von einem aktiven, mitgestaltenden Jugendtreff profitieren. Vor allem, solange es sich um konfliktarme Anlässe handelt, bei denen alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

### **Beteiligungschancen durch den Jugendtreff**

Die Jugendzentren und -treffs machen aus der Perspektive der Erwachsenen Jugend im Sozialraum greifbar und ansprechbar. So kann auch Politik ihre Anliegen an „die Jugend“ herantragen. Umgekehrt ist der selbstverwaltete Jugendtreff, bzw. der von Jugendlichen organisierte Trägerverein als juristische Person ein deutlich bedeutsamerer politischer Akteur in der Kommune, als einzelne Jugendliche oder unorganisierte Cliques.

Gerade in Orten, in denen der selbstverwaltete Jugendtreff über eine lange Tradition verfügt, gehört es im Saarland oftmals zur Dorfkultur, dass der Ortsrat diese Einrichtung als festen Kooperationspartner selbstverständlich wahrnimmt. Die Gründungshistorie reicht dabei teilweise bis in die frühen siebziger Jahre und die Hochphase der Jugendzentrumsbewegung zurück, so dass selbst die älteren Entscheider:innen in der Dorfgemeinschaft mit dem Engagement im Jugendtreff sozialisiert wurden.

Das sind dann auch die Standorte, die die meisten Beispiele für eine sehr gute partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und selbstverwaltetem Jugendraum hervorbringen. Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher finden im Jugendtreff engagierte junge Menschen, die vor allem im ländlichen Raum eine sehr gute Repräsentation der Dorfjugend widerspiegeln. Diese an den für sie relevanten Entscheidungsprozessen zu beteiligen, wird so deutlich erleichtert. Natürlich entscheiden Orts- und Gemeinderäte nicht über die gro-

ßen gesellschaftspolitischen Fragen. Allerdings werden die Jugendlichen regelmäßig mit einbezogen, wenn es um Fragen wie dem Standort für ein neues Sportfeld geht, oder ob man sich bei einem Wettbewerb wie „Unser Dorf hat Zukunft“ beteiligen soll. Dann wird auch schon mal mit den Jugendlichen zusammen der Förderantrag für die neuen Sport- und Spielgeräte oder die Gestaltung für den neuen Rathausvorplatz formuliert. Der Jugendtreff wird aber auch angefragt, wenn es um Arbeitseinsätze geht: Wenn der in die Jahre gekommene Dorfbrunnen neu gestaltet oder das Dorffest geplant werden soll, oder der Jugendtreff baut sein großes Festzelt vor der Hausarztpraxis auf, um ein lokales Impfzentrum zu gewährleisten.

Diese oft konfliktarmen Beteiligungsgelegenheiten bedingen eine ganze Reihe an Ersterfahrungen für junge Menschen in demokratischer Interessenvertretung und bürgerschaftlichem Engagement in ihrem direkten Lebensumfeld.

Wichtige Voraussetzung für die Qualität dieser Partizipation am Gemeinwesen ist jedoch auch die interne basisdemokratische Organisation der Jugendtreffs. Nur wenn diese gegeben ist, kann die Selbstverwaltungsstruktur auch als wirklich demokratische Vertretung der jungen Generation agieren. Dabei kann eine fachliche Begleitung, die auf einem vertrauensvollen Arbeitsbündnis beruht, im Alltag der Jugendlichen regelmäßige Anlässe zur Reflexion der eigenen Verfahren bieten. Unserer Erfahrung nach sind die Engagierten durchweg bestrebt, ihre interne Organisation auf demokratische, auf egalitären Strukturen basierende Grundprinzipien hin auszurichten. Wege, wie sich einer solchen trotz unbewusster Cliquenhierarchien und informeller Machtgefälle genähert werden kann, können von Fachkräften praxisnah aufgezeigt werden. Dazu gehören bspw. die

Herstellung von Transparenz von Entscheidungsprozessen, das Abhalten regelmäßiger Vollversammlungen oder das Verbessern der Kommunikation im Team.

Das heißt jedoch noch lange nicht, dass alle Mitbestimmungsbestrebungen der Jugendzentren auch gute Chancen auf Erfolg hätten. Ein großer Nachteil von Jugendtreffs als Jugendbeteiligungsstrategie bzw. generell anlassbezogener oder informeller Beteiligungsformate ist das Fehlen verbrieftter Rechte. Während Jugendparlamente und ähnliche Gremien oft zumindest rudimentäre demokratische Rechte wie Rede- oder Antragsrecht garantiert haben, sind informellere Formen zwar jugendgerechter, aber gleichzeitig immer vom Wohlwollen der Erwachsenen abhängig. Kommt es also zum Konflikt mit dem erwachsenen Umfeld oder widerstreben die Interessen der Jugendlichen denen der erwachsenen Entscheider:innen, können diese sie einfach ignorieren.

Gerade in solchen Fällen ist die Begleitung und Unterstützung von Fachkräften der OJA dringend angezeigt, um das Machtgefälle zu Gunsten der Jugendlichen möglichst gering zu halten. Aufgabe der OJA kann dann sein, zwischen aufeinanderprallenden Welten zu vermitteln.

Einige Erfahrungen aus der Praxis anlassbezogener Beteiligungsprojekte des Verbands sollen im Folgenden kurz skizziert und im Anschluss auf Implikationen für Handlungsoptionen der OJA diskutiert werden.

## **Best Practice projektbezogener Beteiligungsformen**

Ein positives Praxisbeispiel für einen gelungenen anlassbezogenen Jugendbeteiligungsprozess stellt die (Neu-)Gründung des Jugendzentrums „freiRaum“ Uchtelfangen

dar. Die Gemeinde verkaufte dort die Immobilie, die seit langen Jahren den selbstverwalteten Jugendclub beheimatete. Eine Gruppe Jugendlicher schloss sich daraufhin zu einer Initiative zusammen und trat an die kommunale Jugendpflege heran. Sie forderten neue Räume und baten um Unterstützung. Die Jugendpflege zog juz-united als Fachorganisation hinzu und gemeinsam wurden Pläne zum Erhalt gemacht, Strategien entwickelt und parallel ein möglicher neuer Standort gesucht.

Über ein Jahr setzten sich die Jugendlichen immer wieder für den Erhalt und die Weiterführung des Jugendzentrums ein. Sie akquirierten Spendenmittel, organisierten Informationsstände bei Festen, schlugen innovative Lösungen vor und traten für ihre Interessen bei der Politik ein. Die Fachkräfte halfen beim Formulieren, organisierten Räumlichkeiten für Treffen und begleiteten die Jugendlichen zu Gremiensitzungen.

Nachdem ein Standort für einen möglichen Neubau gefunden war, formierten sich Widerstände bei den dortigen Anwohner:innen. Sie befürchteten Lärm, Müll und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen. Daher wurde eine Bürgerbeteiligungsveranstaltung organisiert, zu der der Ortsvorsteher einlud und die von vielen Anwohner:innen und Politiker:innen aus dem Orts- und Gemeinderat besucht wurde. Die Jugendlichen erhielten dort die Möglichkeit, ihr Konzept für das geplante Jugendzentrum zu präsentieren. In einer umfassenden Konzeptdarstellung erklärten zwei Vertreter der Gruppe der Dorfgemeinschaft, wie sie die Trägerschaft und die internen Abläufe organisieren wollten und welche Programmideen sie hätten. Außerdem legten sie den Anwesenden dar, welche positiven Effekte für das Dorf möglich wären. Dazu zählen eine Belebung der Dorfkultur durch Engagement bei Festen und Tradi-



Jugendtreff Sitzung in Gerlfangen

tionen und die Chance auf eine verbesserte Bleibeperspektive junger Menschen in der sehr ländlichen Umgebung durch eine engere Einbindung in die Dorfgemeinschaft.

Sie wiesen aber auch darauf hin, dass sie laut KJHG ein Recht auf Mitbestimmung haben, wenn es um Angebote in der Offenen Jugendarbeit geht. Dieses Recht forderten sie bestimmt ein.

Im anschließenden Dialog, moderiert vom Bürgermeister, konnten die zunächst geäußerten Bedenken mancher Anwohner:innen souverän und sachlich ausgeräumt werden. Die offene Gesprächsbereitschaft der Jugendlichen, ihre guten Argumente, das durchdachte Konzept und die enge Begleitung durch die Jugendpflege sowie zusätzlichen Support durch juz-united konnten überzeugen. Für ihr Engagement wurden die Jugendlichen abschließend noch einmal vom Bürgermeister gelobt, als dieser hervorhob, dass es sich bei ihrem Engagement in diesem Prozess um ein tolles Beispiel gelebter Demokratie handele.

Seitdem sind über drei Jahre vergangen, in denen die Jugendlichen ohne Raum dastehen. Immerhin konnte die Finanzierung eines Neubaus sichergestellt werden, indem Gemeinde-, Kreis- und Landesmittel akquiriert wurden. Die Jugendlichen konnten gemeinsam mit einer Architektin einen Plan für die neuen Räume nach ihren Bedarfen entwickeln. Um den Prozess weiter zu begleiten, die Jugendlichen weiterhin einzubinden und zu erreichen, dass bürokratische Hürden möglichst zügig überwunden werden, wurde jüngst eine Arbeitsgruppe gegründet. Diese setzt sich aus Vertreter:innen der Jugendlichen, des Ortsrats, des Bauamts und der Jugendpflege zusammen. So sollen Adressat:innen, Politik, Verwaltung und Fachkräfte der OJA vernetzt und „kurze Dienstwege“ ermöglicht werden.

Auch wenn die ursprüngliche Initiativgruppe der Jugendlichen inzwischen leicht geschrumpft ist, beweisen sie bislang einen wirklich langen Atem und andauernd hohe Motivation. Das ist nicht selbstverständlich, könnte in diesem Fall aber daran liegen, dass der Gesprächsleitfaden nie abgerissen ist und die Gruppe weiterhin von allen erwachsenen Akteuren involviert wird. Wenn man bedenkt, wie lange es vermutlich noch dauern wird, bis das neue Jugendzentrum errichtet ist, ist es allerdings fraglich, ob die Jugendlichen noch etwas davon haben werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich am Ende eher zu Gunsten einer nachfolgenden Generation engagiert haben, als im Eigeninteresse.

Abgesehen von den Bearbeitungszeiträumen, die solche Projekte in der Regel leider haben, stellt dieser Fall aus unserer Sicht ein Best-Practice-Beispiel für einen anlassbezogenen Jugendbeteiligungsprozess dar, ausgehend von jugendlichen Interessen, unterstützt durch Fachkräfte der OJA und unter Fürsprache der Politik. Der Fall kann auch exemplarisch deutlich machen, wie sich im Saarland kommunale Fachkräfte der Jugendpflege und juz-united als Dachverband an vielen Stellen sinnvoll ergänzen. Während der Verband durch seine Unabhängigkeit von Kommunalpolitik parteiisch auf Seiten der Jugendlichen stehen und viel Erfahrung aus unterschiedlichen Gemeinden und verschiedenen Partizipationsprojekten, die passenden Argumente, sowie die Methoden einbringen kann, sind die kommunalen Fachkräfte Expert:innen für ihre jeweiligen Gemeinden. Sie kennen die wichtigen Akteure, wissen, an welchen Stellen vielleicht auch informelle Entscheider:innen mit ins Boot zu holen sind und können insgesamt als Scharnier jugendlicher Interessen in die Verwaltung wirken, deren Teil sie selbst sind.



Jugend Ideenlabor Schaffhausen

## Wo Scheitern möglich ist

Nicht ganz so idyllisch sind die Erfahrungen aus einem Projekt des Verbands, bei dem mit Hilfe von Jugend-Ideenlaboren versucht wurde, in einer Reihe von Gemeinden in einem partizipativen Prozess Bedarfslücken innerhalb der Infrastruktur der OJA zu identifizieren und zu schließen und dabei gleichzeitig möglichst viele Jugendliche zu sozialem Engagement in ihrer Gemeinde zu aktivieren. Die Ideenlabore wurden über verschiedenste Wege bei den Jugendlichen im jeweiligen Sozialraum beworben und sollten als modellhafte Verfahren aktivierender Jugendbeteiligung junge Menschen als Zukunftspotential der Gemeinden in den Fokus rücken. Gleichzeitig sollte so ein Ausgangspunkt für Partizipationsprozesse gesetzt werden, bei denen Selbstorganisations-

onspotentiale und Einmischungsstrategien im kommunalpolitischen Raum erfahrbar gemacht werden. Die adressierten Jugendliche sollten im Prozessverlauf einerseits ihre Perspektiven auf ihre Gemeinde artikulieren können und sich andererseits als aktiv handelnde Mitbürger:innen erfahren.

Zentrales Ergebnis dieser Ideenlabore war der klare Bedarf der Jugendlichen nach Räumlichkeiten zur gemeinsamen Freizeitgestaltung. Ebenfalls deutlich wurde, dass in allen Projektstandorten durch die Methode Gruppen von Jugendlichen aktiviert werden konnten, die bereit waren, entsprechende Forderungen gegenüber den politischen Gremien zu formulieren und sich an Planung und konkreter Durchsetzung von Jugendtreffs als Angebot für Jugendliche in den Gemeinden zu beteiligen. Diese vielversprechende Ausgangslage sollte genutzt



Vereinsgründung JUZ Schaffhausen unter Coronabedingungen

werden, um anschließend in einer zweiten Projektphase Prozesse anzustoßen, die den Adressat:innen neue Planungs-, Gestaltungs- und Umsetzungsmöglichkeiten eröffnen. Dies beinhaltet für die einzelnen Durchführungsorte die Initiierung von Projektgruppen Jugendlicher und die fachliche Begleitung bei der Durchsetzung in den entsprechenden Gemeindegremien.

Parallel wurde auf die Erwachsenen eingewirkt. Es wurde versucht, die politisch Verantwortlichen, die Verwaltungen und weitere Akteure für die Bedeutung von Jugend als Teil eines lebendigen demokratischen Gemeinwesens zu sensibilisieren. Es wurde argumentiert, dass sich angesichts der spezifischen Herausforderungen des ländlichen Raums die Frage nach den Perspektiven, die Jugendliche mit ihrem Gemeinwesen verbinden, in besonderer Weise stellt. Der Politik wurde nahegelegt, dass man Jugendliche als Zukunftspersonal des Gemeinwesens aktivieren kann, indem sie sich aktiv an der konkreten Planung und Umsetzung des Projekts Jugendtreff in ihrem Wohnort beteiligen können.

In einigen Gemeinden führte dieses Vorgehen zum erhofften Verlauf. So wurden z. B.

in Schaffhausen über Sozialraumbegehungen Jugendliche aktiviert, die anschließend beim Ideenlabor teilnahmen. Die Gruppe präsentierte danach ihrem Bürgermeister die entwickelten Ideen, wie der Jugend mehr Raum in der Gemeinde zuteilwerden könnte. Dieser prüfte die Möglichkeiten und schlug Räume unter der Grundschule für einen Jugendtreff vor. Die Jugendlichen, die dieser Option genau wie der Ortsrat zustimmten, fingen an, sich von juz-united zu Jugendleiter:innen ausbilden zu lassen, um die Grundlagen der Organisation eines selbstverwalteten Treffs zu erlernen, während der Bauhof nötige Sanierungsmaßnahmen ausführte. Danach halfen die Fachkräfte des Verbands den Jugendlichen bei der Vereinsgründung und die Gemeinde sorgte für eine großzügige Geldspende als Startkapital.

Leider führten bei weitem nicht alle dieser Beteiligungsprozesse zu einem so tollen Erfolg. Während die beteiligten Erwachsenen vieler anderer Gemeinden stets betonten, dem Projekt und den Wünschen der Jugendlichen offen gegenüber zu stehen, wurden bald diverse standortspezifische Hürden

deutlich. Verschiedenste Gründe verhinderten in vielen Orten die Realisierung der Interessen, die die Adressat:innen bereits in den Ideenlaboren geäußert hatten.

Haushaltsnotlagen in den Kommunen waren dabei der wohl häufigste Grund für das Scheitern der Initiativen. Diese bedingen zum einen den Mangel an personellen Ressourcen in den Gemeinden, um Beteiligungsprojekte langfristig zu begleiten (z. B. im Rahmen von Fördermittelakquise, Bauanträgen, Genehmigungsverfahren etc.). Zum anderen resultieren die seit Jahren leeren Kassen darin, dass im Saarland inzwischen viele Kommunen ihre gemeindeeigenen Immobilien veräußert haben. Während früher Räume in der alten Dorfschule, der Keller des Dorfgemeinschaftshauses oder die leerstehende Dorfkeiße zu Jugendräumen umfunktioniert werden konnten, sind solche Leerstände mittlerweile vielerorts privatisiert.

Hinzu kommen politische Bedenken und Unsicherheiten bei den Akteuren. Neben einem geringen Wissen über Jugendbeteiligung und einer teilweise festzustellenden Überforderung, schreckten Entscheider:innen auch vor einer realen Umsetzung von Plänen zurück, weil ihnen die Planungssicherheit fehlte oder befürchtet wurde, im Gemeinderat keine politische Mehrheit für die Pläne oder Gegenwind von Anwohner:innen zu bekommen.

Ein weiterer wichtiger Faktor war der gleichzeitig laufende Kommunalwahlkampf. So passierte es stellenweise, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister das Projekt unterstützten, die Opposition dieses dann aber mit dem gegnerischen Kandidaten oder Kandidatin assoziierten und in den Räten blockierte. Hier stellte es sich als sehr hemmend heraus, dass in einigen Ortsteilen die kommunale Landschaft scheinbar ohnehin durch starke parteipolitische Konfliktlini-

en geprägt war, was durch den Wahlkampf noch verstärkt wurde. Rückblickend hätte hier ein weiterer Schritt vorgeschaltet werden müssen, um zu verhindern, dass die Beteiligungsbestrebungen zur politischen Profilierung instrumentalisiert werden. Denkbar wäre die Schaffung eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses im Vorfeld gewesen, oder sogar das Hinauszögern der Maßnahmen bis nach der Wahl.

## Lessons learned

Aus Sicht des Verbands wurde bei diesem Projekt erneut deutlich, wie wichtig es ist, äußerst bedacht mit jugendlichen Erwartungshaltungen umzugehen, um negative Demokratieerfahrungen zu vermeiden. Es mag wichtig sein, ein konkretes Ziel mit jungen Menschen erarbeitet zu haben, einer Vision zu folgen, um eine hohe Motivation und die benötigte Ausdauer für projektbezogene Beteiligungsformen zu wecken. Gleichzeitig sollte den Beteiligten immer klargemacht werden, dass auch Scheitern eine Option ist. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass man noch so realistisch und transparent Erfolgsaussichten kommunizieren kann, die beteiligten Jugendlichen erlebten bei allen nicht realisierten Prozessen Frustration und Ohnmacht.

Fachkräfte sollten daher schon früh sorgfältig vorsondieren, wo mögliche Hürden liegen und wie wahrscheinlich ein Erfolg sein wird. Das beinhaltet die Haltung der Entscheider:innen im Sozialraum, die Realisierbarkeit der Finanzierung, das Vorhandensein von Ressourcen uvm.

Dabei kann die Gelegenheit genutzt werden, auch die Vertreter:innen von Politik und Verwaltung auf die Jugendlichen vorzubereiten. Es muss immer wieder betont werden, wie wichtig ein Austausch auf Augenhöhe ist. Den Erwachsenen sollte klar

sein, dass Jugendliche ein feines Gespür dafür haben, ob sie ernst genommen werden, oder ihre Anliegen angehört, aber dann adultistisch abgetan werden.

Aufgabe begleitender Fachkräfte sollte es auch sein, deutlich zu machen, dass es sich trotz allem lohnt, sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Auch kleinere Erfolge und Meilensteine auf dem Weg zum gemeinsamen Ziel dürfen gefeiert und bewusst anerkannt werden. Das steigert die Motivation und die Selbstwirksamkeitserfahrung.

Und selbst bei perfekt geplanten und möglichst geebneten Wegen, kann es zu unvorhergesehenen Hürden kommen, die schwer zu nehmen und schwer zu beeinflussen sind – seien es bloß die immensen Bearbeitungszeiträume innerhalb von Politik und Verwaltung.

Im schlimmsten Fall, wenn Jugendliche sich mit viel Herzblut und Aufwand engagiert haben und dennoch alles zu scheitern droht, ist es umso wichtiger, diese Erfahrung aufwendig fachlich aufzufangen und mit den Beteiligten gemeinsam aufzuarbeiten.

## **Erfolgreiche Durchsetzung in der realpolitischen Arena**

Die beschriebenen Praxisfälle und weitere Erfahrungen des Verbands mit Jugendbeteiligungsprojekten zeigen ein ähnliches Muster auf. Viele Jugendliche möchten sich beteiligen. Sie sind bereit, sich für ihre eigenen Interessen oder auch für gemeinwohlorientierte Anlässe zu engagieren, auch wenn das bedeutet, sich mit Gremienarbeit und Kommunalpolitik auseinanderzusetzen. Politisch Verantwortliche zeigen sich in der Regel auch offen für eine bedingte Mitsprache der Jugendlichen. Viele der nicht erfolgreichen Beteiligungsprozesse scheitern allerdings in dem Moment, in dem die Mitwirkung einen zuvor pädagogisch abgegrenzten Möglich-

keitsrahmen verlässt und droht, realpolitische Konsequenzen zu haben. Hier also z. B. in dem Moment, in dem aus einem Jugend-Ideenlabor eigenwillige Pläne resultieren, die den Amtsinhaber:innen nicht in die Agenda passen.

LINDNER (2022) spricht von „Zonen des (sozial)pädagogischen Wohlwollens“, in denen demokratisches Engagement geduldet und erwünscht ist. Mitsprache werde hier aber allenfalls in Form von funktionaler Beteiligung betrieben, der er unterstellt, als Endziel lediglich die Beschaffung von Akzeptanz für Entscheidungen zu haben, die eigentlich bereits von ressourcenstärkeren Akteuren getroffen wurden. Sobald Jugendbeteiligung jedoch in die Sphäre harter Realpolitik gelangt und dann womöglich finanzwirksam zu werden droht, bzw. in Konkurrenz oder Konflikt mit anderen Interessen steht, werden die Erfolgsaussichten deutlich geringer. Auch für Jugendparlamente und –beiräte ist das ein entscheidender Punkt, auch wenn diese institutionalisierten Formen mit ihren garantierten Rechten einen bedingten Vorteil haben.

Die romantischen Vorstellungen des demokratischen Dialogs zwischen Jung und Alt und des zwanglosen Zwangs des besseren Arguments scheinen hier nicht zu bestehen. Dafür haben die Positionen junger Menschen zu wenig gesellschaftliches Gewicht, sind sie mit zu wenig Kapital ausgestattet. Und auch Fachkräfte der OJA als Verbündete sind nicht immer ideale Fürsprecher:innen, sind sie doch zu oft mehr oder weniger von den staatlichen Akteuren abhängig, gegen die es sich durchzusetzen gilt.

Aus unserer Perspektive muss die fachliche Debatte rund um kommunale Jugendbeteiligung genau hier eine Lösung finden. Es sollte nicht die Frage nach der Form der Beteiligungsstrategien von informell über projektbezogen, unkonventionell aktivistisch

bis eingeeht institutionalisiert im Zentrum stehen. Diese sollten sich idealerweise gegenseitig bedarfsgerecht ergänzen. Vielmehr sollten Strategien gesucht werden, wie wir – unabhängig von der konkreten Form der Mitwirkung – eine Verbindlichkeit herstellen, die sicherstellt, dass jugendliche Interessen trotz ihrer strukturellen Machtarmut auch in der direkten Auseinandersetzung mit der Erwachsenenwelt außerhalb der vordefinierten Spielwiesen der Mitwirkungsprojekte bestehen können. Wünschenswert wäre eine Fachpraxis, die auch scheinbar störende jugendliche Beteiligungs- und Einmischungsvorhaben ermöglicht, wo immer sie intrinsisch motiviert aufkommen, und nicht bloß dort und in den bescheidenen Grenzen, die zuvor von Erwachsenen paternalistisch gewährt wurden.

Will die OJA diese Rolle allerdings perspektivisch ernsthaft annehmen, braucht es einen ernstgemeinten Diskurs über das Verhältnis zur Politik und staatlichen Institutionen. Es ist fraglich, ob Jugendarbeiter:innen

im konkreten Einzelfall nicht nur willens, sondern auch in der Lage sind, parteiisch mit ihren Adressat:innen gegen die Widerstände in Politik und Verwaltung zu kämpfen, von denen sie abhängig sind. Sich selbstbewusst und streitbar zu positionieren, kann je nach Stellenprofil und Rahmenbedingungen schwierig sein. Die enge Kooperation zwischen kommunalen Fachkräften, die in der Verwaltung angesiedelt sind, und einem unabhängigeren, von Jugendlichen mandatierten Jugendverband, wie sie im Saarland an vielen Stellen im Kontext der selbstverwalteten Jugendzentren funktioniert, kann als vielversprechender Ansatz bei der Bearbeitung dieses Spannungsverhältnisses betrachtet werden.

---

#### AUTOR

#### **Tobias Drumm,**

B.Ed., Stellvertretender Geschäftsführer des Verbands saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. (juz-united).

[www.juz-united.de](http://www.juz-united.de)

## Literatur

LINDNER, W. (2022): **Demokratie-Illusionen (in) der Kinder- und Jugendarbeit.** In: DEUTSCHE JUGEND. Zeitschrift für die Jugendarbeit. Jg. 70, Nr. 5 (219–228). Weinheim: Beltz Juventa.

ROTH, R. / STANGE, W. (2020): **Starke Kinder- und Jugendparlamente.** Kommunale Erfahrungen und Qualitätsmerkmale. Berlin: DKHW.

SCHWANENFLÜGER, L. VON (2015): **Partizipationsstrategien Jugendlicher.** Zur subjektiven Bedeu-

tung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit. Wiesbaden: Springer VS.

STURZENHECKER, B. (2021): **Förderung gesellschaftlich-demokratischen Engagements in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.** In: DEINET, U. / STURZENHECKER, B. / VON SCHWANENFLÜGEL, L. / SCHWERTHELM, M. (HRSG.): **Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit.** 5. Auflage, Band 3 (S. 1001–1015). Wiesbaden: Springer VS.

## 2. Fürther Klimagipfel

### Jugendbeteiligung im Rahmen der Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Fürth

Die kommunale Fachstelle für Jugendbeteiligung „Echt Fürth“ konzipierte und veranstaltete in Kooperation mit dem Klimaschutzteam der Stadt Fürth und dem Kinder- und Jugendhaus Catch Up den 2. Fürther Klimagipfel. Das Projekt richtete sich an alle Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 16 Jahren und fand im Rahmen des städtischen Ferienprogramms in den Sommerferien 2021 statt.

Konzeptioneller Schwerpunkt war die Beteiligung junger Menschen in Bezug auf die Erarbeitung von Maßnahmenvorschlägen für das städtische Klimaschutzkonzept, welches vom Klimaschutzteam der Stadt Fürth und in enger Abstimmung mit den politisch Verantwortlichen entwickelt und im Dezember 2021 vom Stadtrat beschlossen wurde. Es beinhaltet weitreichende Maßnahmen zum Klimaschutz auf lokaler Ebene, z. B. in den Bereichen Verkehr, Erneuerbare Energien oder Stadtgrün.

Vom 4. bis zum 6. August 2021 waren nun junge Menschen dazu eingeladen zu diskutieren, ihre Vorstellungen für den künftigen Weg im Klimaschutz in der Stadt Fürth einzubringen und konkrete Vorschläge für Maßnahmen zu entwickeln. Klassische Beteiligungsmethoden, wie zum Beispiel World-Café, waren eingebettet in spannende Workshops und Aktionen, die dazu einluden, sich den Themenbereichen praktisch anzunähern, einen aktiven Umgang mit dem Thema zu entwickeln und eigene

Ideen in den laufenden politischen Prozess einzubringen.

### Rahmenbedingungen

Das städtische Jugendbeteiligungsmanagement „Echt Fürth“ wurde Anfang des Jahres 2021 vom Klimaschutzteam der Stadt Fürth bzgl. einer möglichen Jugendbeteiligung im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes angefragt bzw. beratend hinzugezogen. Da das Kinder- und Jugendhaus Catch Up bereits 2019 ein Projekt – den 1. Fürther Klimagipfel – zum Thema Klimaschutz durchgeführt hatte, bestand guter Kontakt zur lokalen fridaysforfuture-Szene, zudem ist die Besucher:innenstruktur des Jugendhauses sehr divers, so dass man sich dazu entschloss, sie als weiteren Kooperationspartner in das Projekt einzubinden. Schnell war klar, dass das Projekt coronabedingt im Sommer 2021 stattfinden sollte. Eingebettet in die etablierte Struktur des städtischen Ferienprogramms, gelang es, weitere Zielgruppen zu erreichen, Öffentlichkeit zu generieren und die Finanzierung des Projektes über Drittmittel für Ferienprogramme sicherzustellen. Neben den Hauptkooperationspartner:innen wurden lokale Experten, wie der EineWelt Laden, das Evangelische Bildungswerk Fürth und ein ortsansässiger Secondhandshop themenspezifisch ins Projekt eingebunden. Mit ihrer Unterstützung gelang es, weitere Zielgruppen anzusprechen, da sie das Pro-



jekt in weiteren Teilen der Stadtgesellschaft bekannt und deren Inhalte aus Überzeugung öffentlich machten.

### Die kommunale Beteiligungsstrategie

Das Jugendbeteiligungsmanagement „Echt Fürth“ besteht seit 2013 und ist ein Kooperationsprojekt der Abteilung Jugendarbeit des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Fürth und des Stadtjugendrings Fürth. Seit 2018 ist das Projekt mit einer kommunalen Fachstelle (19,5 Std.) ausgestattet. Ihre Aufgabe ist es, verschiedene Maßnahmen der Jugendbeteiligung (wie zum Beispiel das einmal jährlich stattfindende Jugendforum) zu organisieren und weitere Möglichkeiten der Beteiligung innerhalb der Verwaltung anzuregen bzw. zu initiieren. Zu „Echt Fürth“ gehören außerdem die „Agentur für Demokratie und Jugendbeteiligung“ (hierbei handelt es sich um einen Co Working Space und Veranstaltungsraum für

politisch engagierte Jugendgruppen), sowie das Jugendbudget „Echt Geld“, der Runde Tisch Jugend und unterschiedliche Veranstaltungsformate der politischen Jugendbildung (weitere Infos zu Echt Fürth unter: [www.echt-fuerth.de](http://www.echt-fuerth.de)).

### Die Projekt- und Kooperationspartner Kinder- und Jugendhaus Catch Up, Abt. Jugendarbeit, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Fürth

Das Kinder- und Jugendhaus Catch Up ist eine städtische Einrichtung der kommunalen Jugendarbeit. Das Angebot der Einrichtung richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen im Alter von zehn bis 18 Jahren mit einer Sozialraumorientierung zur Fürther Innenstadt. Der konzeptionell verankerte Schwerpunkt des Kinder- und Jugendhauses liegt in der Förderung der Sozialkompetenz der Besucher:innen, resultierend aus der Besucher:innenstruktur des Hauses, das vermehrt von Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen, verbunden mit einem Migrationshintergrund, aufgesucht wird. Im Fokus der täglichen Arbeit stehen partizipative Projekte, in denen sich Jugendliche ausprobieren und bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen professionell begleitet werden.

### Klimaschutzteam, Amt für Umwelt, Ordnung und Verbraucherschutz, Stadt Fürth

Das Klimaschutzteam der Stadt Fürth besteht aus der Projektkoordination im Bereich Klimaschutz, Biodiversität, Luftreinhaltung und Umweltbildung und dem Klimaschutzmanagement, dessen Aufgabe es ist, Projektbetreuung und Mitarbeit an Strategiestudien zu Klimaschutz, Klimaanpassung sowie z. B. Entwicklungspotentialen erneuerbarer Energien, Solarbilanzierung, Solarkataster und Stadtgrün zu leisten, sowie Umweltbildungsprojekte, u. a. Waldlehrpfade im Fürther Stadtwald, Gärten und –Biotope an

Schulen und Umweltstationen zu betreuen. Ebenso fester Bestandteil der Arbeit ist die Mitarbeit in regionalen Arbeitsgruppen. Jugendbeteiligung ist als Teil der Umweltbildungsarbeit und Bildung für Nachhaltige Entwicklung in den verschiedenen Projekten fest verankert. Innerhalb der Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Fürth ist die Beteiligung von jungen Menschen nicht zwingend vorgeschrieben. Das Klimaschutzteam erachtete diese allerdings als notwendig und hat die Beteiligung im Prozess festgeschrieben.

### **Ferienprogramm, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Stadt Fürth**

Das städtische Ferienprogramm bietet ein umfangreiches Angebot unterschiedlichster Anbieter:innen in den Oster-, Pfingst- und Sommerferien, welches über das Onlineportal gebucht werden kann. Für alle Angebote des Ferienprogramms werden Teilnehmer:innenbeiträge erhoben, deren Höhe der jeweilige Anbieter festlegt. Die meisten Ferienmaßnahmen werden sehr kostengünstig angeboten, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme zu ermöglichen. Weiterhin besteht die Option

für Familien mit geringem Einkommen, die Angebote über sogenannte Bildungsgutscheine zu finanzieren. Kostenfreie Angebote im Rahmen des städtischen Ferienprogramms sind unüblich. In Abwägung der Vor- und Nachteile (Drittmittel und Anmeldestruktur versus Ehrenamt und Bürgerengagement, für das in der Regel kein Geld verlangt werden darf), entschieden wir uns dazu, den Klimagipfel in das Ferienprogramm einzubinden und für die Teilnahme des dreitägigen Projektes mit warmen Mittagessen und Snacks einen Teilnehmer:innenbeitrag von insgesamt acht Euro (fürs Essen!) zu erheben.

### **Personelle, räumliche und finanzielle Ressourcen**

Da das Projekt im Rahmen des städtischen Jugendferienprogramms durchgeführt wurde, bestand die Möglichkeit der Drittmittelakquise, die benötigt wurden, um das Projekt erfolgreich durchführen zu können. Die Planungsphase des Projektes wurde vom kommunalen Beteiligungsmanagement moderiert und gesteuert. Konzipiert wurde das Projekt von einem Kernteam, bestehend aus kommunalem Jugendbeteiligungsmanagement, Klimaschutzmanager:innen und





Jugendhausmitarbeiter:innen. Ein erweitertes Team der beteiligten Einrichtungen von insgesamt sechs hauptamtlichen Mitarbeiter:innen, sowie (stundenweise) Honorarkräften führten das Projekt im Kinder- und Jugendhaus Catch Up durch. Das Catch Up verfügt über ein großzügiges Außengelände, so dass sämtliche Module coronabedingt im Freien stattfinden konnten.

### Die Ziele und Zielgruppen

Ziel des 2. Klimagipfels war es, konkrete Ideen und Vorschläge mit Jugendlichen zu entwickeln und diese in den laufenden Prozess der Maßnahmenentwicklung im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts einzubringen. Hierbei war es wichtig, den Beteiligungsrahmen klar zu definieren, um den Grad der Beteiligung im pädagogischen Konzept der Verantwortlichen festzuschreiben zu können. Weiteres Ziel des Projektes war die Diversität der Zielgruppe, die durch den

konzeptionell gesetzten Rahmen in Bezug auf Zeit, Ort, Freiwilligkeit der Teilnahme und ein sehr niedrigschwelliges Anmeldeverfahren, auch über das Jugendhaus, erreicht werden sollte. Um die Maßnahmenvorschläge nachhaltig im politischen Diskurs zum Klimaschutzkonzept zu verankern, setzten wir uns zum Ziel, die Projektergebnisse über Socialmedia einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, mit Hilfe von Presseartikeln die Verbindlichkeit der Maßnahmenvorschläge zu untermauern und sie mit einem schriftlichen Kontrakt zwischen Jugendlichen und Verantwortlichen aus der Verwaltung zu manifestieren bzw. festzuschreiben.

Am 2. Fürther Klimagipfel haben insgesamt sechzehn Jugendliche teilgenommen, davon waren 75 Prozent weiblich und 25 Prozent männlich. Die Hälfte der Teilnehmer:innen war elf bis dreizehn Jahre alt, die andere Hälfte vierzehn bis sechzehn. 37,5 Prozent der Teilnehmer:innen waren Stammbesucher:innen des Jugendhauses, während sich 62,5 Prozent der Jugendlichen über das städtische Ferienprogramm anmeldeten. Die Teilnehmer:innen kamen aus verschiedenen Stadtteilen, vermehrt jedoch aus den ländlich geprägten Randbezirken der Stadt.

## Das Projekt

### Projektphasen

Erste Vorgespräche zwischen Klimaschutzteam und Echt Fürth, in denen die Ziele für das Projekt festgelegt wurden, fanden bereits Anfang des Jahres 2021 statt. Mit einem ersten Treffen aller Kooperationspartner:innen begann im März die Planungsphase (u. a. Klärung der Rahmenbedingungen und Festlegung der Schwerpunkte). Anfang Juli konnte mit der Werbe- und Anmeldephase begonnen werden, so dass das Praxismodul des Projektes in der ersten Augustwoche er-

folgreich durchgeführt wurde. Direkt nach der Durchführung wurde das Projekt mit den Jugendlichen und im Anschluss mit den Durchführenden evaluiert. In der Abschlussphase brachte das Klimaschutzteam die Maßnahmenvorschläge der Jugendlichen stellvertretend in den politischen Diskurs ein. Das Projekt endete Anfang Februar 2022 mit der schriftlichen Rückmeldung der Stadt Fürth an die Teilnehmenden.

### Ablauf des Klimagipfels

Die Teilnehmer:innen des 2. Fürther Klimagipfels beschäftigten sich, aufgeteilt auf drei Tage, mit den Themen Stadtgrün, Verkehr/Mobilität und Abfall/Energie. Diese wurden bereits im Vorhinein von der Projektgruppe bestimmt und orientierten sich an den bestehenden Schwerpunkten, die von Politik und Verwaltung für die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes festgelegt wurden. Am ersten Tag des Projekts stand das Thema Stadtgrün im Fokus. Nach einem kurzen theoretischen Input wurde ein World-Café durchgeführt, bei dem sich die Teilnehmer:innen wechselnd in verschiedenen Gruppen austauschten und konkrete Ideen sammelten. Wie auch an den folgenden Tagen, wurden die Ergebnisse im Anschluss gewichtet und priorisiert. Das Social Media Team, das jeden Tag aus anderen Teilnehmer:innen des Projekts bestand, konnte diese so in einem

Posting auf dem Instagram-Kanal von Echt Fürth zusammenfassen und veröffentlichen.

Nachdem der Vormittag, aufgelockert durch Warming ups und Pausen, viel theoretische Gruppenarbeit beinhaltete, ging es am Nachmittag darum, einige der entwickelten Ideen praktisch umzusetzen. So wurden im nahegelegenen Stadtpark Paletten mit Hilfe von Sägen zu Hochbeeten umgestaltet und diese mit Kräutern sowie bienenfreundlichen Blumen bepflanzt.

Am nächsten Tag stand das Thema Verkehr und Mobilität auf dem Programm. Im Rahmen eines Planspiels wurden verschiedene Rollen vergeben (z. B. Mitglied des Naturschutzbundes, Autofahrer:in, Vertreter:in Verkehrsplanungsamt). Nach kurzer Vorbereitungszeit inkl. Internetrecherche, fand eine Diskussion zu den einzelnen, bereits bestehenden Inhalten des Themenbereichs statt, bei der die Argumente festgehalten wurden. Nachmittags ging es zu einer Exkursion via Fahrrad an den Solarberg, um vor Ort mit einer Expertin über das Thema Solarstrom zu sprechen.

Am letzten Tag widmeten wir uns dem Thema Abfall und Energie. In einem abwechslungsreichen Quiz konnten sich die Teilnehmer:innen den Inhalten nähern, um im Anschluss in der Talk- und Diskussionsrunde mithilfe von Moderationskärtchen gemeinsam konkrete Maßnahmen



abzuleiten. Am Nachmittag besuchte der Leiter des Amtes für Umwelt, Ordnung und Verbraucherschutz gemeinsam mit weiteren Kolleg:innen den Klimagipfel. Auf einer Bühne präsentierten die Jugendlichen ihre erarbeiteten Vorschläge und erfuhren so Anerkennung für ihre Arbeit und ihr ehrenamtliches Engagement. Im Anschluss an die Präsentation wurde ein schriftlicher Kontrakt zwischen Jugendlichen und Verantwortlichen geschlossen, in dem sich das zuständige Amt verpflichtete (besiegelt durch Unterschrift der beteiligten Jugendlichen und der zuständigen Mitarbeiter:innen), die Maßnahmevorschläge der Jugendlichen in den politischen Diskurs um das Klimaschutzkonzept der Stadt Fürth einzubringen und die Jugendlichen spätestens nach sechs Monaten diesbezüglich auf den aktuellen Stand der Dinge zu bringen. Der Tag wurde mit einer ausführlichen Auswertung abgeschlossen.

## Methoden

Aufgrund der Tatsache, dass das Projekt in den Ferien stattfand und pro Tag sieben Stunden in Anspruch nahm, war ein gut gewählter Mix aus unterschiedlichen Methoden (Warming ups, Energizern, Theorie und Aktion) unabdingbar.

**World-Café:** Nach einem kurzen theoretischen Input zum Thema Stadtgrün fand das World-Café an drei Thementischen statt, die anhand entsprechender Leitfragen jeweils von einer pädagogischen Fachkraft moderiert wurden. Pro Tisch hatten die Jugendlichen fünfzehn Minuten Zeit, sich kreativ mit dem jeweiligen Themenschwerpunkt auseinanderzusetzen und ggf. konkrete Maßnahmen zu entwickeln, bevor sie sich dem nächsten Themenschwerpunkt widmeten. Im Anschluss wurden die Plakate der einzelnen Stationen von den jeweiligen Gruppen vorgestellt und im Plenum ergänzt.



## Themenschwerpunkte des World-Cafés waren:

- CHILLEN MIT HUMMEL und CO. (u. a. Urban Gardening, Grünflächenpatenschaften, Hausgärten und Baumpflanzungen)
- FLÄCHEN (FAIR)TEILEN (u. a. alternative Wohnformen, klimaschonende Landwirtschaft, regionale Lebensmittel, Aufenthaltsqualität Innenstadt)
- GEWAPPNET FÜR STURM UND DÜRRE (Hitze in der Stadt, alternative Hausbegrünungen, die grüne Lunge in der Stadt, Wasser und Schatten in der Stadt)

**Planspiel:** Alle Teilnehmer:innen bekamen ein Rollenkärtchen, das auf Zuruf vergeben wurde. Auf den Rollenkärtchen standen verschiedene Positionen, um eine Meinungspluralität zu erhalten (z. B. Vertreter:in vom NABU, Mitglied vom ADFC, Privatperson und leidenschaftliche:r Autofahrer:in, Interessensvertretung der Transportunternehmen im Straßengüterverkehr, Vertreter:in Verkehrsplanungsamt). Die Jugendlichen erhielten die bereits bestehenden Themenschwerpunkte (Verkehrsaarmes Umfeld an Schulen/Kindergärten, Ausweitung der verkehrsberuhigten

den Maßnahmen, Ausdehnung des ÖPNV-Netzes, sichere Abgrenzung von Rad- und Fußgängerspuren, Ausdehnung kostenloser Lastenrad-Verleih, Ausbau Fahrradstellplätze, Ausbau eines zusammenhängenden Radwegenetzes, Prüfung einer Mobilitäts-App, Ausbau der Umweltpuren) und Vorbereitungszeit auf ihre Rolle. Jeweils zwei Personen hatten dieselbe Rolle, damit sie sich untereinander austauschen bzw. helfen konnten. Im Anschluss fand eine Diskussion statt (ca. 45 min.). Argumente wurden auf Moderationskarten und -wänden festgehalten. Zuvor priorisierten die Teilnehmer:innen, welche ca. drei Maßnahmen sie diskutieren wollen.

Am Ende der Diskussionszeit schlüpfen die Jugendlichen aus ihren Rollen, um im Plenum eine „persönliche Meinung“ abzugeben, die wertschätzend diskutiert werden konnte. Die Ergebnisse wurden auf Moderationskarten festgehalten, konkretisiert und als weitere Maßnahmen in den Kontrakt aufgenommen.

**Quiz und Talkrunde:** Kurzweiliges „Kneipenquiz“ mit vielen Schätzfragen zu Fakten des Themenbereichs Abfall und Energie, danach Talkrunde mittels klassischer Kartenmoderation und anschließender Priorisierung mit Klebepunkten.

**Zielscheiben Priorisierung:** Mit Hilfe der Zielscheiben Priorisierung wurden alle Tagesergebnisse nochmals auf drei bis fünf Vorschläge reduziert, damit diese im Anschluss von dem Instagram Team redaktionell verarbeitet und für den Kontrakt niedergeschrieben werden konnten.

**Instagram Redaktion:** Die Redaktion war dafür zuständig, den Tag fotografisch zu dokumentieren und die Ergebnisse schriftlich festzuhalten. Das Redaktionsteam durfte exklusiv den Socialmediaaccount von Echt Fürth bespielen, um Reichweite für die erarbeiteten Anliegen zu generieren.

## **Ergebnisse, Ergebnissicherung und -transfer**

Die konkreten Maßnahmenvorschläge wurden in einem Kontrakt niedergeschrieben. Es wurde festgelegt, dass die zuständigen Mitarbeiter:innen des Umweltamtes jeden Jugendlichen spätestens nach sechs Monaten schriftlich darüber informieren, welche der erarbeiteten Maßnahmenvorschläge des 2. Fürther Klimagipfels ins integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt eingeflossen sind, bzw. wie diese seitens des Klimaschutzteams weiter in den politischen Diskurs gebracht wurden.

## **Reflexion**

Die Jugendbeteiligung im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes war im Großen und Ganzen erfolgreich, vor allem, weil die zuständigen Ämter auf Augenhöhe miteinander kooperierten und ein echter Wille zur Beteiligung von den Mitarbeiter:innen des Umweltamtes formuliert wurde.

Es gelang, Jugendliche für das Zukunftsthema Klimaschutz bereits im Vorfeld durch gute Öffentlichkeitsarbeit zu begeistern. In der Reflexion mit den Jugendlichen wurde am häufigsten benannt, dass die Motivation zur Teilnahme am Projekt die Möglichkeit der Beteiligung an einem „echten“ Konzept der Kommune gewesen sei. Zuträglich war hierbei sicherlich auch der zeitlich überschaubare Rahmen der Veranstaltung, die Freiwilligkeit der Teilnahme, sowie die Mischung aus Theorie und Praxis.

---

### **AUTORIN**

**Swantje Schindehütte** (Dipl. Sozialpädagogin (FH), systemische Beraterin [DGSF], Prozessmoderatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung, Anti-Aggressivitätstrainerin®; Coolnesstrainerin®) seit 2019 Jugendbeteiligungsmanagerin der Stadt Fürth.

## jung- frau, mann, divers? Geschlechtertalk der Jugend. Wie ein Austausch zwischen Jugend und Politik gelingen kann

Unter dem Titel „Geschlechtertalk“ haben engagierte Vertreter\*innen aus verschiedenen Jugendorganisationen ein Format entwickelt, in dem Jugendliche in den direkten Austausch mit Stadtpolitiker\*innen kommen. Jugendliche wurden selbst aktiv und formulierten mit fachlicher Unterstützung ihre Bedarfe, Sichtweisen, Erwartungen und Forderungen nach einer (geschlechter-) gerechteren Stadtgesellschaft. Dabei wählten sie in der Darstellung und Kommunikation mit den Politiker\*innen jene Medien, die in

ihrem Alltag einen großen Anteil haben: Podcast, Handyclick, Musik und Tanz. Ergänzt wurde dies durch eine Online-Umfrage und Straßeninterviews.

Der Startschuss fiel anlässlich der Kommunalwahlen 2020, als der Stadtjugendring Augsburg das Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ zu einem der Prüfsteine für die Kommunalwahl erhob. So entstand die Projektgruppe „Geschlechtertalk“ aus Vertreter\*innen von Jugendverbänden und Mitarbeiter\*innen aus Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit. Ihr gemeinsames Ziel: die Förderung einer subjektbezogenen Jugendarbeit, die Jugendliche befähigt, in Aushandlungs- und Beteiligungsprozessen aktiv einzutreten und sie Selbstwirksamkeit erleben lässt.

Im ersten Geschlechtertalk im März 2020 stellten Jugendliche diesen den Vertreter\*innen der Kommunalpolitik vor. In Diskussionsforen zu „(Alltags-) Rassismus“, „Sexismus“ und „Queer“ erfolgte ein erster Aushandlungsprozess zwischen Politik und Jugend. Am Ende verabschiedeten die über sechzig Teilnehmenden gemeinsame Forderungen an die Stadtpolitik, von „Gremien diverser besetzen“, über ein „Queeres Jugendhaus“ bis hin zur Förderung einer geschlechtergerechteren Pädagogik in KiTa, Schule u.s.w.

Die Arbeit der Projektgruppe setzte sich fort, weitere Fachgruppen wurden inter-

The poster is for an event titled "jung - frau, mann, divers?". It features three stylized human figures in the center, one with dark skin and curly hair, one with light skin and straight hair, and one with light skin and curly hair. The background is teal with various logos and text. In the top left, there is a logo for "MODULAR FESTLE" with the dates "9.-11.7.21" and "die Stadtjugendring Augsburg". In the top right, there is a logo for "SIF 75". Below the figures, the title "jung - frau, mann, divers?" is written in a bold, sans-serif font. Below the title, the event details are listed: "FR, 09.07.2021 | AB 19:00 UHR", "MODULAR FESTLE", "GASWERK AUGSBURG", and "EINTRITT FREI". At the bottom left, there are logos for "Talitha", "JGCL", and "PSG". At the bottom right, there is a logo for "SPECIAL ACT: VULVA LATTE". At the very bottom, there is a section for funding: "Gefördert vom" with the logo of the "Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend" and "im Rahmen des Bundesprogramms" with the logo "Demokratie leben!".



**Geschlechtertalk 2.0 am 09.07.2021** • v.l.n.r: Moderator\*innen: Becki Grün, Julian Engel; Interviewgäste: Kathi Roeb, BR-Puls, 2. Bürgermeisterin Martina Wild

viewt. Es wurden „Handlungsempfehlungen“ verfasst, die von der Vollversammlung des SJR Augsburg verabschiedet und im Anschluss den neu gewählten Stadträt\*innen übergeben wurden.

Als die Pandemie 2021 ein kleines Fenster für Präsenzveranstaltungen öffnete, ergriff die Projektgruppe die Chance und lud zum „Geschlechtertalk 2.0“. In einer Open-Air-Veranstaltung mit künstlerischen Acts und zahlreichen Table-Talk-Runden tauschten sich Stadträt\*innen und Jugendliche wieder zu ihren Forderungen für eine geschlechtergerechtere Stadtgesellschaft aus.

In den kleineren Gruppen standen die authentischen Beiträge von jungen Menschen im Zentrum. Am Ende durfte jede\*r Politiker\*in sich zum/zur „Paten\*in“ einer der Forderungen machen. Und damit nichts in Vergessenheit geriet, wurde dies auf einem Polaroidbild festgehalten.

Nun ist Augsburg, Heimat von über 151.000 Frauen (50,5%) und von 141.000 Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund (47,1%), noch auf einem (langen) Weg zu noch mehr Geschlechtergerechtigkeit, die Projektgruppe und der SJR Augsburg lassen aber nicht locker.

Das nächste Projekt steckt in den Startlöchern, ein interaktiver Stadtplan: „Aux – Save and secure? Use your voice“. Hier können Jugendliche Pins in einer Online-Map auf jene Orte setzen, an denen es in Augsburg in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit noch nicht rund läuft. „An welchen Orten fühlst du dich nicht sicher? Wo wünschst du dir Veränderungen? Map your needs! - markiere und kommentiere die Plätze in der Stadt, die Du verändern willst.“

„Geschlechtertalk“ ist finanziert aus Mitteln des Bundesprogramms Demokratie leben!

## Die in der Projektgruppe aktiven Gruppen und ihre Beweggründe



stadt  
jugend  
ring  
augsburg

### Der SJR – Offene Jugendarbeit

Die OJA bietet Jugendlichen nicht nur einen

Ort zum Sein und Mitgestalten, sondern ist auch das Sprachrohr jugendlicher Bedürfnisse und Wünsche. OJA schafft Freiräume und stärkt die jugendliche Selbstbestimmung durch ein vielfältiges und offenes Angebot sowie Partizipationsmöglichkeiten. Außerdem bekommen junge Menschen durch die offene Gestaltungsmöglichkeit die Chance, ihre Rolle außerhalb von Schule und Familie zu finden und ihre Zukunft eigenverantwortlich mitzugestalten.

Offene Jugendarbeit stärkt Utopien und fordert zugleich den Realitätscheck. OJA setzt Grenzen, zeigt aber zugleich die Wichtigkeit

auf, jene stets zu hinterfragen und fördert Jugendliche in demokratischen Aushandlungsprozessen. Sie bietet eine Plattform für politische Forderungen, fördert den Austausch mit Andersdenkenden und hilft bei der Vernetzung und Suche nach Verbündeten.

OJA stellt sich klar gegen (Alltags-)Rassismus, Sexismus, rassistische Äußerungen gegen Sinti\*zze und Rom\*ja, Antisemitismus und Islamophobie sowie alle anderen Arten von Diskriminierung und bietet gleichzeitig Raum, um darüber zu sprechen, sich selbst zu reflektieren und miteinander für mehr Toleranz zu sensibilisieren.

Kinder und Jugendliche setzten sich vermehrt mit Geschlechtergerechtigkeit und -vielfalt auseinander und sind zunehmend für Sexismus und Diskriminierung sensibilisiert. Während einer Diskussion innerhalb des offenen Betriebs wurde die Frage, wie viele Geschlechter es eigentlich gebe, so be-

## TRÄGER



stadt  
jugend  
ring  
augsburg

### Stadtjugendring Augsburg (SJR) des Bayerischen Jugendrings K.d.ö.R.

hat per Satzung den Auftrag, die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu vertreten. In dieser Funktion setzt er sich auch politisch für die Belange junger Menschen ein. In seinen Gremien, der Vollversammlung und dem Vorstand, wird immer wieder Stellung zu tagesaktuellen Themen der Politik oder zu gesellschaftlichen Stimmungen bezogen. Durch Beteiligung an der Bauleit- und Jugendhilfeplanung sowie Sitz und Stimme im Jugendhilfeausschuss des Stadtrats nimmt der SJR außerdem Einfluss auf die politische Meinungsbildung.

Der SJR ist die Arbeitsgemeinschaft der Jugendorganisationen der Stadt. Er vertritt rund vierzig Jugendverbände, ist deren Fachberatungsstelle und berät diese bei allen finanziellen und organisatorischen Fragen. Der SJR ist außerdem Bildungsträger, Träger von Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit und Anbieter von Freizeitangeboten. Zurzeit betreut der Stadtjugendring Augsburg zehn Einrichtungen und verschiedene Treffs. Darüber hinaus sind die Mitarbeiter\*innen im Bereich der aufsuchenden Arbeit an allen jugendrelevanten Orten der Stadt aktiv. In der Schülerbetreuung ist der Stadtjugendring derzeit an fünf Schulen tätig,



verbandsservice  
sjr augsburg

### SJR – Verbandsservice

Dem Verbandsservice obliegen die Fachberatung der Jugendorganisationen sowie der darin Tätigen. Gleichzeitig trägt der Verbandsservice die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Jugendverbandsarbeit für Augsburg. Rechtsgrundlage sind die §§ 11, 12, 73, 74 SGB VIII.

antwortet: „Alle oder keines!“ Es drängt sich die Aussage auf, dass gerade im Jugendalter die Frage nach sexueller Orientierung und bestehenden Geschlechterstereotypen eine Herausforderung ist. Doch jene, welche sich als Teil der Community oder Allie mit dem Thema auseinandersetzen, wissen, dass das heteronormative und binäre Geschlechtersystem in allen Lebenslagen eine Rolle spielt und zu Diskriminierung führen kann. Die Thematik über die Jugendhäuser hinaus, direkt an die Politik heranzutragen, untermalt mit Kunst und Gestaltung zum Thema ‚Empowerment‘, war nicht nur eine Chance für die Jugendlichen, sondern auch für alle, die der Thematik offen gegenüberstehen, aber im Alltag kaum Berührungspunkte damit haben.



### **J-GCL – Jugendverbände der Gemeinschaft Christlichen Lebens**

Die J-GCL sind demokratisch organisierte Schüler\*innenverbände und engagieren sich da, wo Jugendliche wahrscheinlich mit am meisten Zeit verbringen – an der Schule. J-GCLer\*innen gestalten Schule, indem sie Angebote wie beispielsweise Schulhausübernachtung, Bastelnachmittage oder regelmäßige Gruppenstunden für jüngere Schüler\*innen organisieren. Das besondere an der J-GCL Augsburg? Wir haben eine Fachstelle für Jungen\*pädagogik, Manresa.

In den J-GCL ist Geschlechtergerechtigkeit, die Reflexion von Gender und Sexualität, sowie das Aufbrechen von Vorurteilen, Normen und Erwartungen in Bezug auf Geschlecht ein Kernthema. Immer wieder gibt es verschiedene Angebote dazu – sei es auf unserer Jugendleitungsschulung, aber auch auf einem eigenen Wochenende. Dieses Engagement, unsere Expertise, Forderungen und Wünsche für eine geschlechtergerechte Stadt möchten wir über die Projektgruppe auch in der Stadt Augsburg einbringen.



### **Pfadfinderinnenschaft St. Georg – PSG**

Die PSG ist ein katholischer Mädchenverband und hat ihre Wurzeln in der internationalen Pfadfinderinnenbewegung. Die PSG ist offen für alle Mädchen und Frauen, die Lust auf Pfadfinderei haben, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie bietet Mädchen in altersspezifischen Gruppen, organisiert in sogenannten Stämmen und offenen Treffs, Räume, sich selbst zu entfalten und die Möglichkeit, sich zu selbständigen, mündigen Frauen zu entwickeln.

Der Geschlechtertalk 2.0 gab uns die Möglichkeit, unsere Themen in die kommunalpolitische Diskussion mit einzubringen. Die Themen, die uns als Pfadfinderinnen wichtig waren, sind u. a. keine sexistische Werbung auf öffentlichen Werbeflächen, Erweiterung der Möglichkeiten, (bei Dunkelheit) sicher nach Hause zu gelangen und flächendeckende sexuelle Bildung von externen Fachkräften an allen weiterführenden Schulen. Es war uns wichtig, unsere Anliegen mit Kommunalpolitiker\*innen live zu diskutieren und weiterzuentwickeln.



### **Queerbeet Augsburg e.V.**

Queerbeet Augsburg ist eine Jugendgruppe für LGBTTIQ+ Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren aus Augsburg und Umgebung. Neben Gruppenabenden, die kreativ, präventiv oder aber entspannend sind, bietet Queerbeet auch das Schulprojekt an. Das Schulprojekt wurde ins Leben gerufen, um an Schulen für Toleranz und Akzeptanz gegenüber verschiedenen sexuellen Orientierungen zu werben. Zusätzlich sollen ein Abbau von Vorurteilen und die Aufklärung über Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität erfolgen. Mittlerweile ist der Verein nicht nur an Schulen unterwegs, sondern hält auch

Workshops für Eltern, Fach- und Lehrkräfte und Unternehmen.

Geschlechtsidentitäten sowie Sexuelle Identitäten sind ein großes Thema im Verein. Hierzu zählt auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit. Sowohl in der Gruppe als auch bei den Workshops merkt man immer wieder, dass das Thema Geschlechtergerechtigkeit die Jugendlichen viel beschäftigt, und wir wollen in dieser Projektgruppe unsere Stimme nutzen und die Forderungen, die an uns herangetragen werden, an die Stadt Augsburg weitergeben, um weiterhin im politischen Diskurs zu bleiben.

## Warum ist (kommunal-) politisches Engagement für unsere Jugendlichen / unsere Einrichtung/ unseren Verband wichtig?

Der Austausch mit politischen Akteur\*innen und gesellschaftspolitische Partizipation sind Teil der **Offenen Jugendarbeit des Stadtjugendrings**, wobei Jugendlichen die Teilhabemöglichkeiten in der Kommune verdeutlicht werden. Von Politikverdrossenheit der Jugend kann keine Rede mehr sein. Gerade durch die sozialen Medien, werden Jugendliche täglich mit gesellschaftspolitischen Themen konfrontiert. Die OJA bietet Orte, sich kritisch mit den Themen und deren Darstellung auseinanderzusetzen und zeigt auf, dass es neben dem bloßen Konsum auch Möglichkeiten gibt, selbst aktiv zu werden. Sowohl durch Partizipationsmöglichkeiten im Haus

als auch durch größere Veranstaltungen können Jugendliche Selbstwirksamkeit erleben. Aus der Sicht der **J-GCL** ist (kommunal-) politisches Engagement gerade für Jugendliche und Verbände so wichtig, da so direkt Bedürfnisse und Forderungen von Jugendlichen in die Diskussion eingebracht werden können. So haben Jugendliche die Möglichkeit, ihre Kommune/Stadt mitzerleben und erfahren/erleben ganz konkret, was Demokratie heißt.

Die parteiliche Mädchenarbeit der **PSG** ist nicht nur pädagogisches, sondern immer auch politisches Handeln. Die Absicht ist, die Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen in dieser Gesellschaft zu fördern und Benachteiligungen entgegenzuwirken. Deswegen setzt sich die PSG öffentlich für eine Gleichstellung ein. Der Geschlechtertalk bietet die Chance, kommunalpolitisches Handeln als direktes Übungsfeld auch für Jugendliche zu nutzen, damit sie in dieses Handlungsfeld hineinwachsen können.

Für **Queerbeet** sind die Jugendlichen die Erwachsenen von morgen, die unsere Stadtgesellschaft jetzt schon durch die unterschiedlichsten Aktionen, wie den IDAHIT oder den CSD, deutlich prägen. Jugendliche haben erfahren, dass sie eine Stimme haben, die auch gehört wird und sie somit ihre Bedürfnisse kommunizieren können. Öffentlichkeitsarbeit ist ein großer Bestandteil unserer queeren Jugendgruppe, denn so können wir Akzeptanz fördern, auf das Thema aufmerksam machen und auf etwaige Probleme hinweisen.

### AUTORIN\*INNEN UND AKTIVE DER PROJEKTGRUPPE

**FRANK BRÜTTING**, Dipl. Soz.päd., Social Justice und Diversity Trainer, e-Trainer und seit 2001 Verbandskoordinator im SJR Augsburg. Dort u. a. zuständig für die Aus- und Fortbildung von Jugendleiter\*innen sowie der Vernetzung und Weiterentwicklung der verbandlichen Jugendarbeit.

**ANNA ECKART**, B.A. Soziale Arbeit, Pädagogische Mitarbeiterin Jugendtreff Südstern, SJR-OJA

**SUSANNE FELDMANN**, B.A. Erziehungswissenschaften, Pädagogische Mitarbeiterin Jugendtreff Cafe Unfug

**FABIENNE KÜNDGEN**, Studentin, Vorständin Queerbeet Augsburg e.V. – Vorstandsbeisitzerin SJR Augsburg

**MAIKE SCHMIDT**, BA Soziale Arbeit, Geschäftsführende Bildungsreferentin, J-GCL Augsburg

**SOPHIA VOGEL**, Dipl. Päd., Bildungsreferentin, PSG Augsburg

# Neuer Geschäftsführer der AGJF BW e.V.

Seit dem 1. Januar 2022 bin ich neuer Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. Hiermit möchte ich mich vorstellen – mein Name: TORSTEN HOFMANN.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit begleitet mich bereits mein ganzes berufli-

ches Leben. 1999 habe ich mein Anerkennungs-jahr zum Erzieher bereits in diesem Arbeitsfeld bei der Stuttgarter Jugendhaus Gesellschaft absolvieren dürfen. Bis heute empfinde ich die Arbeit in Kinder- und Jugendhäusern als einen der wertvollsten und schönsten Berufe, die es gibt. So war es nach Koordinationsaufgaben und Vernetzungs- und Sozialraumarbeit nur folgerichtig, selbst ein Kinder- und Jugendhaus zu leiten. Die nächste berufliche Station war dann das kommunale Jugendreferat in Albstadt, bei dem ich die politische Arbeit und die Kinder- und Jugendbeteiligung intensiver kennenlernen durfte. Dabei war natürlich der Austausch mit der AGJF immer ein wichtiger Teil meiner Arbeit.

Die AGJF ist seit Jahren in so vielen wichtigen Arbeitsfeldern tätig. Dank meiner Vorgänger ECKE ENSSLEN-HOLL und MARTIN BACHHOFER ist die AGJF für weitreichende Entwicklungen maßgeblich mit verantwortlich: Die Gründungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE), die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg (LAGO) oder die Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg sind maßgeblich auf die AGJF zurückzuführen. Deshalb ist mir die Zusammenarbeit und die Netzwerkarbeit besonders wichtig, da man nur gemeinsam so viel erreichen kann.

Innerhalb der ersten Monate konnte ich mich in so viele neue und bekannte Aufgaben einarbeiten. Ob es die internationalen Projekte zum Thema Beratung und Wissen sind, die politische Arbeit auf Landesebene, Projekte wie die Integrations-



FOTOGRAFIN:  
Gerti Ginster-Hasse

offensive oder die Zusammenarbeit mit den anderen Landesorganisationen, all das bringt uns inhaltlich und qualitativ weiter. Mir liegen dabei besonders der Austausch mit der Basis, sowie die gemeinsamen Projekte mit den Universitäten, Ausbildungsstätten und Wissenschaftler\*innen am Herzen. Ebenso wichtig ist es mir, Mitarbeiter\*innen für das Arbeitsfeld zu begeistern und zu halten.

Was beschäftigt mich derzeit und was steht alles an? Aktuell befasse ich mich inhaltlich mit der SGB VIII – Reform und der daraus resultierenden Überarbeitung des LKJHG. Hier möchten die AGJF und ich erreichen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit fest verankert und nicht mehr fälschlicherweise als freiwillige Aufgabe wahrgenommen wird. Dafür ist ein intensiver Austausch mit der Politik, den kommunalen Spitzenverbänden und natürlich mit den Mitarbeiter\*innen vor Ort wichtig.

Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld ist der Fachkräftemangel und die Qualitätssicherung in unserem Arbeitsfeld. Gemeinsam mit anderen Landesverbänden wird die AGJF einen Antrag im Rahmen des Masterplans einreichen. An Modellstandorten sollen neue Wege ausprobiert werden und mul-

tiprofessionelle Teams an den Start gehen. Wissenschaftlich begleitet, sollen die Themen Personalmangel, Nachqualifizierung und Qualitätsstandards bearbeitet werden.

Mit regionalen Angeboten wird die Geschäftsstelle dieses Jahr wieder mehr vor Ort sein. Die bewährten Zukunftskonferenzen werden dieses Jahr mit dem Thema Inklusion an verschiedenen Orten in Baden-Württemberg mit den Fachkräften vor Ort in einen Dialog treten. Wenn die Ressourcen ausreichen, werden weitere Formate entwickelt, damit die AGJF regionaler präsent und vor Ort sein kann. Damit wollen wir die Mitarbeiter\*innen vor Ort unterstützen und das Arbeitsfeld sichtbarer machen.

Ebenso werden weiterhin digitale Austauschformate angeboten. Themen, die uns alle beschäftigen, werden mit Fachreferent\*innen in digitalen Onlineformaten bearbeitet. Damit können wir mehr Menschen an der Basis erreichen. Besonders beeindruckt hat mich an dem Format die rege Teilnahme und die Begeisterung der Qualität auch über unser Arbeitsfeld hinaus.

Ich freue mich sehr auf die vor mir liegenden Aufgaben und auf schöne, spannende und interessante Begegnungen mit vielen Menschen.



„Meine 2. Heimat das Juze“ – Die Informationsbroschüre der AGJF zu den Grundsätzen und Leistungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie ist gedacht für Fachkräfte, die ihre Arbeit darstellen wollen (oder müssen) und für interessierte Laien, die sich über die Offene Kinder- und Jugendarbeit informieren wollen. Erhältlich als Download unter [https://agjf.de/files/cto\\_layout/Material/Publikationen/AGJF-zweite-Heimat-web.pdf](https://agjf.de/files/cto_layout/Material/Publikationen/AGJF-zweite-Heimat-web.pdf) oder als kostenlose Druckversion bei der AGJF Geschäftsstelle.

„Selbstdarstellung“ der AGJF

Download unter [http://agjf.de/files/cto\\_layout/Material/Publikationen-agjf/Selbstdarstellung-web.pdf](http://agjf.de/files/cto_layout/Material/Publikationen-agjf/Selbstdarstellung-web.pdf)



# IMPRESSUM

Die Bundesarbeitsgemeinschaft **Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)** ist seit 2005 Herausgeber der seit 1991 regelmäßig erscheinenden Fachzeitschrift **OFFENE JUGENDARBEIT**.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

**Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)**, Brüsseler Str. 44, 13353 Berlin, Telefon: 030-32599 200 (allgemein), Telefon: 030-32599 202 (speziell für OJA-Bestellungen), Fax: 030-32599 298, E-Mail: info@bag-okje.de (für Anfragen an die BAG OKJE im allgemeinen), E-Mail: oja@bag-okje.de (für Anfragen, Bestellungen etc. zur OJA), Ansprechpartner: Volker Rohde • **Verlag:** tb-verlag, Burkhard Fehrlen, Hegelstr. 48, 72072 Tübingen, www.tb-t-verlag.de, E-Mail: bfehrlen@t-online.de, ISSN 0940-2888 • **Gestaltung:** KOHLERDESIGN, www.kohler-design.de • **Druckauflage:** 1.500 Exemplare, 4 x jährlich • **PDF-Abonnten:** ca 5.000 • **LeserInnenkreis:** Träger und MitarbeiterInnen Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen, StudentInnen, Kommunale Jugendpflege • **Internet:** www.offene-jugendarbeit.net • **Redaktion:** Thea Koss, Burkhard Fehrlen • **Anzeigen:** Volker Rohde (BAG), Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage. Falls Sie Fragen haben, ist Volker Rohde Ihr Gesprächspartner, Telefon: 030-32599 200, E-Mail: info@bag-okje.de

**OFFENE JUGENDARBEIT** erscheint viermal jährlich, Einzelpreis Druckausgabe **6,- €** (zzgl. Versandkosten), Jahresabonnement **15,- €** (inkl. Versandkosten), Zeitschrift als PDF **3,- €**, Bestellung unter www.tb-t-verlag.de. Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements. Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel. Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend